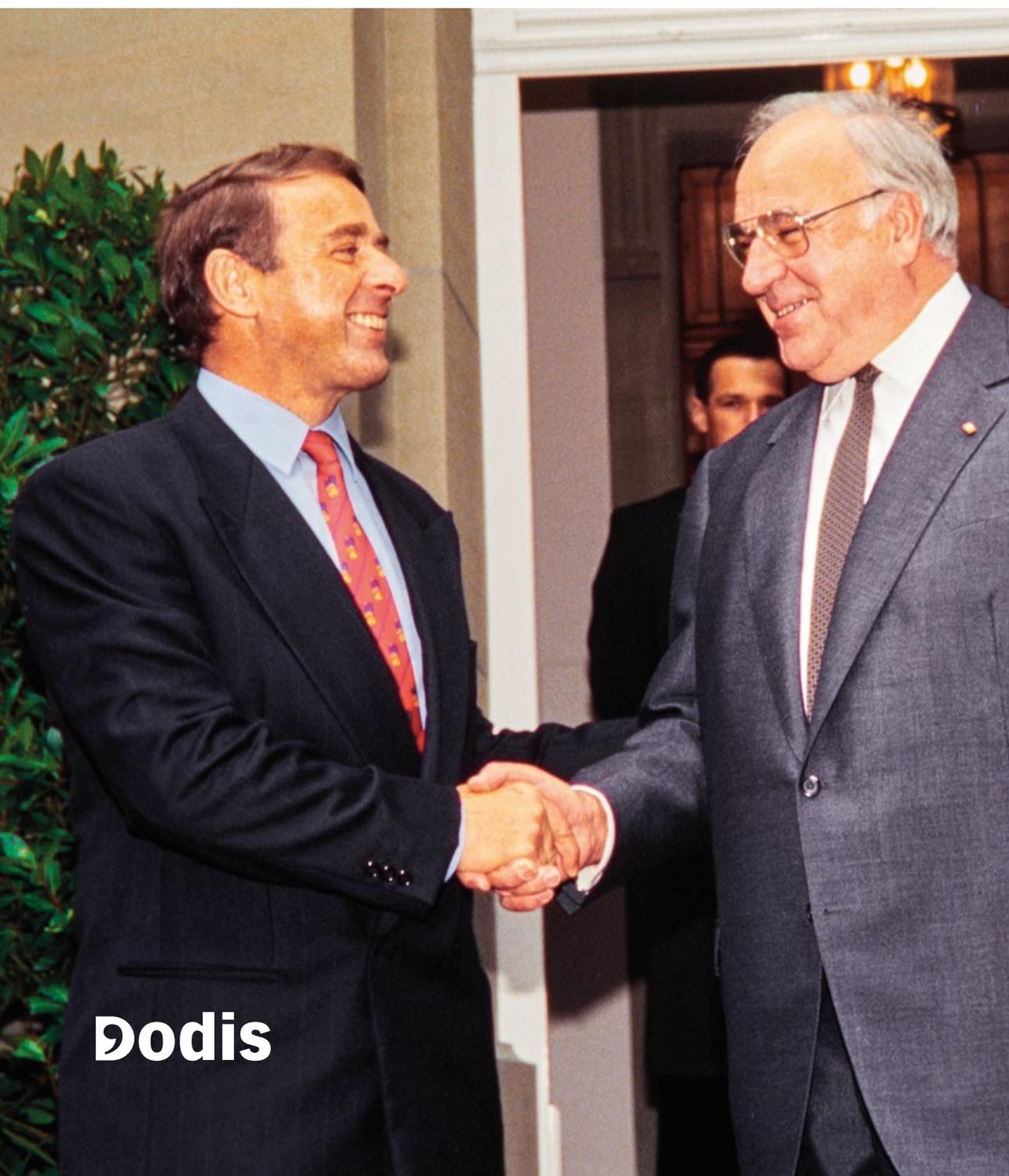


Diplomatische Dokumente der Schweiz  
Documents diplomatiques suisses  
Documenti diplomatici svizzeri

1993



**Dodis**

VERÖFFENTLICHT  
DURCH DIE SCHWEIZERISCHE AKADEMIE  
DER GEISTES- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN,  
UNTER DEM PATRONAT DER SCHWEIZERISCHEN GESELLSCHAFT FÜR GESCHICHTE,  
MIT DER UNTERSTÜTZUNG DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESARCHIVS  
UND DES EIDGENÖSSISCHEN DEPARTEMENTS FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

PUBLIÉS  
PAR L'ACADÉMIE SUISSE DES SCIENCES HUMAINES ET SOCIALES,  
SOUS LE PATRONAGE DE LA SOCIÉTÉ SUISSE D'HISTOIRE,  
AVEC LE SOUTIEN DES ARCHIVES FÉDÉRALES SUISSES  
ET DU DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

PUBBLICATI  
TRAMITE L'ACCADEMIA SVIZZERA DI SCIENZE UMANE E SOCIALI,  
SOTTO IL PATROCINIO DELLA SOCIETÀ SVIZZERA DI STORIA,  
CON IL SOSTEGNO DELL'ARCHIVIO FEDERALE SVIZZERO  
E DEL DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

DIPLOMATISCHE DOKUMENTE DER SCHWEIZ  
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES  
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

BAND – VOLUME

1993

FORSCHUNGSGRUPPE  
GROUPE DE RECHERCHE  
GRUPPO DI RICERCA

Forschungsleiter – Directeur de la recherche – Direttore della ricerca  
Sacha Zala

Redaktionsleiter – Coordinateur de l'édition – Coordinatore dell'edizione  
Thomas Bürgisser

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – Collaboratrices et collaborateurs –  
Collaboratrici e collaboratori

Annina Clavadetscher, Andréa Espinosa, Flurina Felix, Lena Heizmann,  
Jonas Hirschi, Mattia Mahon, Dominik Matter, Maurizio Rossi, Yves Steiner

**Dodis**

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT  
COMITÉ SCIENTIFIQUE  
COMITATO SCIENTIFICO

- Präsidentin Prof. em. Dr. Madeleine Herren, Universität Basel
- Direttore Prof. Dr. Sacha Zala, Direttore del centro di ricerca Documenti diplomatici svizzeri (Dodis) und Professor an der Universität Bern
- Sekretär Dr. Beat Immenhauser, stv. Generalsekretär der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW)
- Prof. em. Dr. Sébastien Guex, Université de Lausanne  
Prof. Dr. Claude Hauser, Université de Fribourg  
Prof. Dr. Matthieu Leimgruber, Universität Zürich  
Prof. Dr. Julia Richers, Universität Bern  
Prof. Dr. Davide Rodogno, Institut de hautes études internationales et du développement  
Prof. Dr. Kristina Schulz, Université de Neuchâtel  
Prof. Dr. Matthias Schulz, Université de Genève  
Prof. em. Dr. Brigitte Studer, Universität Bern

ISBN 978-3-907261-30-9 (Hardcover)

ISBN 978-3-907261-31-6 (Softcover)

ISBN 978-3-907261-32-3 (.pdf)

ISBN 978-3-907261-33-0 (.epub)

ISBN 978-3-907261-34-7 (.mobi)

DOI <https://doi.org/10.5907/DDS-1993>

Grafisches Konzept und Layout: Erik Dettwiler

Bildredaktion: Katharina Kofler (Schweizerisches Nationalmuseum)

Titelbild: Bundespräsident Adolf Ogi begrüsst am 18. Oktober 1993 vor dem Landgut Lohn bei Bern den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl zu Gesprächen über Europa, [dodis.ch/66588](https://dodis.ch/66588) (CH-SNM LM-179888.70).

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz ([CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)) und ist Open Access online im Volltext verfügbar: [dodis.ch/DDS-1993](https://dodis.ch/DDS-1993)

2024 Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis)  
Archivstrasse 24, 3003 Bern | [www.dodis.ch](https://www.dodis.ch)



Institut der Schweizerischen Akademie  
der Geistes- und Sozialwissenschaften  
[www.sagw.ch](https://www.sagw.ch)

 OPEN  
science

**Inhaltsverzeichnis**  
**Table des matières**  
**Sommario**

I.	Vorwort	VII
	Avant-propos	X
	Prefazione	XIII
II.	Editorische Notiz	XVI
	Note éditoriale	XX
	Introduzione editoriale	XXIV
III.	Einleitung / Introduction / Introduzione / Introduction	XXIX
IV.	Dokumentenverzeichnis / Table des documents	
	Indice e sommario dei documenti	LI
V.	Dokumente / Documents / Documenti	1
VI.	Appendix / Appendice	393
	Abkürzungen / Abréviations / Abbreviazioni	393
	Thematisches Verzeichnis / Table méthodique / Tavola metodica	394
	Verzeichnis der benutzten Dossiers / Liste des dossiers utilisés	
	Elenco dei dossier utilizzati	394
	Register / Index / Indici	395
	Personen / Personnes / Persone	395
	Körperschaften / Organisations / Organizzazioni	395
	Geografische Bezeichnungen / Noms géographiques	
	Denominazioni geografiche	395
	Zugang zum Archivgut / Accès aux archives / Accesso agli archivi	396



## I. Vorwort

Die Forschungsstelle *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (Dodis) beabsichtigt mit ihren zahlreichen Publikationen, einen Überblick über die Gesamtheit der internationalen Beziehungen der Schweiz zu vermitteln. Sie stellt Forschung und Öffentlichkeit eine Auswahl an amtlichen Quellen zur Verfügung, welche die Geschichte der Aussenbeziehungen und die dichte transnationale Verflechtung der Schweiz illustrieren und deren Verständnis erleichtern. Der Fokus auf grenzübergreifende Prozesse erlaubt die Reflexion neuer, in der öffentlichen Debatte noch wenig beachteter Themen, die vielfältige Einsichten in die Vernetzung der Schweiz im System der internationalen Beziehungen ermöglichen. Die Forschungen von Dodis stellen damit einen schweizerischen Beitrag zur Globalgeschichte dar.

Die Edition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (DDS) besteht aus einer ersten, abgeschlossenen Serie über die Periode 1848–1945 (15 Bände) sowie einer zweiten Serie über die Periode 1945–1989 (bislang 12 Bände). Der vorliegende Band setzt die dritte Serie über die Jahre 1990–1999 fort. Diese erscheint mit jährlichen Bänden zeitnah an der Öffnung der Archivbestände. Mit dem unmittelbaren Zugang zu den Dokumenten nach Ablauf der gesetzlichen 30-jährigen Schutzfrist für Archivgut des Bundes setzt Dodis einen neuen internationalen Standard. Die zeitnah publizierten Dokumente schaffen einen bislang nicht realisierten historiographischen Aktualitätsbezug, der neue Forschungen zur Zeitgeschichte inspirieren und fördern soll. Nebst der stetig wachsenden Menge an Dokumenten der Bundesverwaltung haben die verstärkte internationale Vernetzung und die wachsende Bedeutung transnationaler Fragestellungen die relevanten Bestände für aussenpolitische Analysen substanziell erweitert. Mit dieser massiven Zunahme steigt auch die Bedeutung der Auswahl der relevanten Aktenstücke: In den einleitenden Texten sowie im Anhang liefert der Direktor der Forschungsstelle alle nötigen Informationen, um die Transparenz der getroffenen Selektion zu garantieren.

Durch die Massendigitalisierung von analogem Archivgut und die künftige Freigabe von bereits elektronisch erstellten Informationen steigt die Anzahl digital verfügbarer Quellen massiv. Umso wichtiger ist es, deren wissenschaftliche Relevanz durch präzise erfasste quellenkritische Merkmale und die Verwendung von Metadaten sicherzustellen. Die DDS-Bände werden seit 1997 durch die Online-Datenbank Dodis ergänzt. Diese gilt international als Pionierleistung und zeichnet sich durch hohe Nutzungsfrequenzen aus. Durch die in den letzten Jahren erfolgten kontinuierlichen Verbesserungen an der Datenbank Dodis sowie durch die Herstellung von unterschiedlichen Tools und Etablierung von Standards hat

die Forschungsstelle eine führende Rolle im Netzwerk der internationalen Editoren diplomatischer Dokumente erreicht.

Wie sehr das vielfältige Angebot neue Forschungszugänge befördert und zu neuen Erkenntnissen führt, zeigt unter anderem die Reihe *Quaderni di Dodis*, die Monografien, Sammelbände und thematische Quellensammlungen zur Geschichte der internationalen Beziehungen und der Aussenpolitik der Schweiz enthält. Mittlerweile konnten bereits 21 Bände erfolgreich publiziert werden. Kürzere Forschungsbeiträge können in der Zeitschrift *Saggi di Dodis* veröffentlicht werden. Alle Dodis-Publikationen sind dem Open-Access-Prinzip verpflichtet und können in verschiedenen Formaten frei heruntergeladen werden.

Von der Online-Publikation der Dokumente, der steten Verbesserung der Datenbank Dodis, der Herausgabe eines breiten Spektrums unterschiedlicher Veröffentlichungen sowie den weiteren fruchtbaren wissenschaftlichen Aktivitäten der Forschungsstelle erhoffen wir uns zweierlei: Das Forschungs- und Editionsprojekt soll einerseits dazu beitragen, interessierten Bürgerinnen, Journalisten, Forscherinnen und Analytikern ein besseres Verständnis für die Herausforderungen zu vermitteln, mit denen sich die Schweiz in ihren internationalen Beziehungen stets konfrontiert sah. Andererseits soll es auch Mitgliedern von Regierung, Parlament, Bundesverwaltung und Diplomatie aussenpolitische Orientierungshilfe leisten und Wissen vermitteln, das bislang nur unter grossem Aufwand zu erlangen war. Die grosse Wertschätzung für unsere Forschungen, die wir immer wieder erfahren dürfen, spornt uns an, das Projekt tatkräftig weiterzuführen und durch die Dokumentation grenzübergreifender Verflechtungsprozesse die globale Vernetzung der Schweiz analytisch greifbar und einer kritischen Lektüre zugänglich zu machen.

Der vorliegende Band zum Jahr 1993 erscheint pünktlich zum Jahresanfang 2024, zeitgleich mit der breiten Öffnung der Archivbestände des Bundes nach Ablauf der 30-jährigen Schutzfrist. Dieses ehrgeizige Ziel wäre ohne den ausserordentlichen Einsatz aller Mitglieder der Forschungsstelle nicht möglich gewesen. Für das gemeinsam geteilte Vergnügen wissenschaftlicher Erkenntnis danken wir herzlich den langjährigen Kollegen Thomas Bürgisser und Yves Steiner sowie den Forscherinnen und Forschern Annina Clavadetscher, Andréa Espinosa, Flurina Felix, Jonas Hirschi, Mattia Mahon und Dominik Matter. Ohne den unermüdlchen Einsatz von Maurizio Rossi und Lena Heizmann würde das technische Innovationspotential der Forschungsstelle mit ihrer Vielzahl von unterschiedlichen Systemen und Technologien kaum derart ausgeschöpft werden können. Christiane Sibille und Tobias Steiner treiben mit dem Projekt Metagrid die Online-Vernetzung von geisteswissenschaftlichen Ressourcen national wie international substanziell voran. Tatkräftige Unterstützung für die Forschungsstelle kam von den wissenschaftlichen Hilfskräften Leo Balsiger, Antonio Giannico, Fabio Guldimann, Lelia Ischi, Killian L'Eplattenier, Chiara Merhi, Janick Rüttimann, Marie Spang, Febe Tognina und Marion Wagnières. Eine wichtige und wertvolle Ergänzung der Forschungsstelle bildeten die Praktikantinnen und Praktikanten aus den schweizerischen Universitäten sowie die grosse Equipe von Zivildienstleistenden, denen wir allen herzlich für ihren Einsatz danken: Jon Baudenbacher, Christian Bracher, Philippe Bucher, Frederico Fischer, Julian Gerber, Martin Giger, Till Glauser, Andri Hummel, Louis Marchand, Diawartou M'Baye, Giacomo Morisoli, Florian Ravasi, Arian Schenk, Fabian Schläpfer, Patrick Schweizer, Maximilian Seifert, Simon Staudenmann, Florian Stuber, Sven Süss,

Tim Weber, Joel Wehrle und Manuel Wyss. Gleichzeitig freuen wir uns, dass diese zahlreichen in der Forschungsstelle Dodis geleisteten Arbeitseinsätze auch einen erfolgreichen Beitrag zur wissenschaftlichen Nachwuchsförderung darstellen, der sich nicht zuletzt in einer Vielzahl von wissenschaftlichen Qualifikationsarbeiten an unterschiedlichen Universitäten manifestiert.

Schliesslich gilt unser Dank den Institutionen, welche die Forschungsstelle Dodis finanziell tragen und logistisch unterstützen. Insbesondere danken wir der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, namentlich dem scheidenden Generalsekretär Markus Zürcher und dessen Stellvertreter Beat Immenhauser, dem Schweizerischen Bundesarchiv, insbesondere dessen Direktor Philippe Künzler und dem Leiter der Abteilung Informationszugang Stefan Nellen, sowie dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, vertreten durch Generalsekretär Markus Seiler und die Chefin des Dokumentationsdiensts Elena Wildi-Ballabio. Der wissenschaftliche Beirat hat die Forschungsstelle bei allen neuen Projekten, Initiativen und technischen Innovationen dezidiert unterstützt und angespornt, auf dem eingeschlagenen Weg fortzuschreiten. Möge dieser pünktlich zur Öffnung der Archive erschienene Band ihr Vertrauen in das Projekt bestätigen und zur weiteren Unterstützung visionärer Ziele beitragen.

Bern, Dezember 2023

MADELEINE HERREN  
Präsidentin  
des wissenschaftlichen Beirats

SACHA ZALA  
Direktor  
der Forschungsstelle Dodis

## I. Avant-propos

Le centre de recherche *Documents diplomatiques suisses* (Dodis) s'applique, à travers ses nombreuses publications, à dresser un panorama de l'ensemble des relations internationales de la Suisse. Pour ce faire, il met à disposition de la recherche et du grand public une sélection de sources officielles. Celles-ci illustrent l'histoire des relations extérieures de la Suisse et de sa dense intégration transnationale tout en facilitant la compréhension. Une focalisation sur les processus transfrontaliers permet de réfléchir à des sujets inédits, n'ayant encore guère reçu d'attention dans le débat public. Ces sujets offrent un large éventail d'aperçus sur la mise en réseau de la Suisse dans le système des relations internationales. Les recherches de Dodis représentent enfin la contribution suisse à l'histoire mondiale.

L'édition des *Documents diplomatiques suisses* (DDS) se compose d'une première série, intégralement publiée, couvrant la période 1848–1945 (15 volumes) et d'une deuxième série couvrant la période 1945–1989 (12 volumes à ce jour). Le présent volume poursuit la troisième série consacrée aux années 1990–1999. Celle-ci paraît en volumes annuels au fur et à mesure de l'ouverture des fonds d'archives. Ainsi, en permettant un accès immédiat aux documents après l'expiration du délai légal de protection de 30 ans des Archives fédérales suisses, Dodis établit un nouveau standard international. En effet, la publication des documents, survenant si proche du délai légal, crée un lien historiographique avec l'actualité encore jamais réalisé, qui devrait inspirer et encourager de nouvelles recherches sur l'histoire contemporaine de la Suisse. Outre le nombre toujours croissant de documents provenant de l'administration fédérale, le renforcement de l'intégration internationale et l'importance accrue des questions transnationales ont considérablement élargi les fonds d'archives pertinents pour l'analyse de la politique étrangère. Cette augmentation substantielle des sources renforce également l'importance de la sélection des documents pertinents: dans les textes introductifs ainsi qu'en annexe, le directeur du centre de recherche fournit toutes les informations nécessaires pour garantir la transparence de ses choix.

À travers la numérisation en masse des archives analogiques ainsi que par la future mise à disposition d'informations créées directement sous format électronique, le nombre de sources numériques pour la recherche historique ne fait qu'augmenter massivement. Il est donc d'autant plus capital d'assurer la pertinence scientifique des sources en les soumettant à une critique précise et en recourant aux métadonnées. Depuis 1997, les volumes des DDS ont été complétés par la base de données en ligne Dodis. Celle-ci est considérée comme une réalisation pionnière au niveau international et se distingue par des fréquences d'utilisation élevées. Grâce aux améliorations continues apportées à sa base de données ces

dernières années ainsi qu'à la production de différents outils et à l'établissement de normes, le centre de recherche Dodis a acquis un rôle de premier plan dans le réseau des éditeurs internationaux de documents diplomatiques.

Les multiples accès offerts par Dodis à la recherche sur l'histoire des relations internationales et à la politique étrangère de la Suisse ouvrent de nouvelles perspectives et approches. À cet égard, la série *Quaderni di Dodis* présente des monographies, des volumes collectifs et des recueils thématiques de sources sur ces sujets. 21 volumes ont déjà été publiés avec succès dans cette série. Des contributions plus courtes, traitant souvent de travaux universitaires, sont publiées dans la revue *Saggi di Dodis*. À l'instar des autres publications de Dodis, les *Quaderni* et les *Saggi* respectent le principe du libre accès et peuvent ainsi être téléchargés gratuitement dans différents formats.

Grâce à la publication en ligne des documents, à l'amélioration constante de la base de données Dodis, à l'édition d'un large éventail de publications diverses, ainsi qu'aux autres activités scientifiques fructueuses du centre de recherche, nous espérons atteindre deux grands objectifs. D'une part, que le projet de recherche et d'édition constitue une contribution pour les citoyennes et citoyens, les journalistes, ainsi que les chercheuses et chercheurs afin de mieux comprendre les défis auxquels la Suisse a été confrontée tout au long de l'histoire de ses relations extérieures. D'autre part, que le projet fournisse à toutes et tous les membres du gouvernement, du Parlement, de l'administration fédérale et de la diplomatie des clés de compréhension de la politique étrangère, ainsi que des connaissances qui, auparavant, ne pouvaient être obtenues qu'à grands frais. Le constat de l'intérêt suscité par nos recherches nous incite à poursuivre activement le projet afin de rendre l'interconnexion globale de la Suisse analytiquement tangible et accessible à une lecture critique par le biais de la documentation des processus d'interdépendance transfrontaliers.

Le présent volume consacré à l'année 1993 paraîtra à temps pour le début de l'année 2024, en même temps que l'ouverture à grande échelle des fonds d'archives de la Confédération après l'expiration du délai de protection de 30 ans. Cet objectif ambitieux n'aurait pas été possible sans l'engagement exceptionnel de toutes et tous les membres du centre de recherche. Pour le plaisir partagé de la connaissance scientifique, nous remercions chaleureusement nos collègues de longue date Thomas Bürgisser et Yves Steiner ainsi que les chercheuses et chercheurs Annina Clavadetscher, Andréa Espinosa, Flurina Felix, Jonas Hirschi, Mattia Mahon et Dominik Matter. Sans l'engagement infatigable de Maurizio Rossi et de Lena Heizmann, le potentiel d'innovation technique du centre de recherche, avec sa multitude de systèmes et de technologies différentes, ne pourrait guère être exploité de la sorte. Avec le projet Metagrid, Christiane Sibille et Tobias Steiner font avancer de manière substantielle la mise en réseau en ligne des ressources en sciences humaines au niveau national et international. En outre, le centre de recherche a bénéficié du soutien actif des assistantes et assistants scientifiques Leo Balsiger, Antonio Giannico, Fabio Guldimann, Lelia Ischi, Killian L'Eplattenier, Chiara Merhi, Janick Rüttimann, Marie Spang, Febe Tognina et Marion Wagnières. Les stagiaires des universités suisses ainsi que la grande équipe de civilistes, que nous remercions tous chaleureusement pour leur engagement, ont constitué un complément important et précieux du centre de recherche: Jon Baudenbacher, Christian Bracher, Philippe Bucher, Federico Fischer, Julian

Gerber, Martin Giger, Till Glauser, Andri Hummel, Louis Marchand, Diawartou M'Baye, Giacomo Morisoli, Florian Ravasi, Arian Schenk, Fabian Schläpfer, Patrick Schweizer, Maximilian Seifert, Simon Staudenmann, Florian Stuber, Sven Süss, Tim Weber, Joel Wehrle et Manuel Wyss. Nous sommes heureux de constater que ces nombreuses missions effectuées au sein du centre de recherche Dodis constituent également une contribution réussie à l'encouragement de la relève scientifique, qui se manifeste notamment par un grand nombre de travaux scientifiques dans différentes universités.

Enfin, nous remercions les institutions qui soutiennent financièrement et logistiquement le centre de recherche Dodis. Nous remercions en particulier l'Académie suisse des sciences humaines et sociales, notamment le secrétaire général sortant Markus Zürcher et son adjoint Beat Immenhauser, les Archives fédérales suisses, en particulier leur directeur Philippe Künzler et le chef de la division de l'accès à l'information Stefan Nellen, ainsi que le Département fédéral des affaires étrangères, représenté par le secrétaire général Markus Seiler et la cheffe du service de documentation Elena Wildi-Ballabio. Le comité scientifique a résolument soutenu le centre de recherche dans tous ses nouveaux projets, ses initiatives et innovations techniques et l'a incité à poursuivre sur la voie qu'il a choisie. Puisse ce volume, publié à temps pour l'ouverture des archives, confirmer leur confiance dans le projet et contribuer à soutenir davantage d'objectifs visionnaires.

Berne, décembre 2023

MADELEINE HERREN  
Présidente  
du comité scientifique

SACHA ZALA  
Directeur  
du centre de recherche Dodis

## I. Prefazione

Il centro di ricerca *Documenti diplomatici svizzeri* (Dodis) intende, con le sue numerose pubblicazioni, fornire una visione d'insieme delle relazioni internazionali della Svizzera. Il centro mette a disposizione della ricerca e del pubblico una selezione di fonti ufficiali che illustrano e facilitano la comprensione della storia delle relazioni internazionali e della densità dei legami transfrontalieri della Svizzera. L'ampia panoramica dei processi transnazionali documentati permette una riflessione su nuovi temi finora poco presenti nel dibattito pubblico, offrendo così spunti di riflessione riguardanti l'interconnessione della Svizzera nel sistema delle relazioni internazionali. Le ricerche di Dodis rappresentano pertanto un significativo contributo svizzero alla storia globale.

L'edizione dei *Documenti diplomatici svizzeri* (DDS) è costituita da una prima serie completa che copre il periodo 1848–1945 (15 volumi) e da una seconda serie che copre il periodo 1945–1989 (finora 12 volumi). Il presente volume continua la terza serie che copre gli anni 1990–1999. I volumi di questa serie vengono pubblicati annualmente parallelamente all'apertura dei fondi dell'Archivio federale svizzero. Grazie all'accesso immediato ai documenti, consecutivo alla scadenza del termine legale di protezione trentennale, Dodis definisce un nuovo standard internazionale. La pubblicazione tempestiva dei documenti crea un'attualità storiografica ad oggi ineguagliata, che intende ispirare e promuovere nuove ricerche sulla storia contemporanea. Oltre al volume in costante crescita dei documenti dell'amministrazione federale, l'intensificazione dei legami internazionali e la crescente importanza delle questioni transnazionali hanno ampliato in modo sostanziale i fondi d'archivio rilevanti per le analisi di politica estera. Questa massiccia espansione fa anche aumentare l'importanza della selezione dei documenti: nei testi introduttivi e nelle appendici, il direttore del centro di ricerca fornisce tutte le informazioni necessarie per garantire la trasparenza della selezione effettuata.

Con la digitalizzazione di massa dei fondi analogici e l'imminente incremento delle fonti già create elettronicamente, la quantità di documenti accessibili digitalmente per la ricerca storica aumenta massicciamente. Tanto più importante sarà dunque, per orientarsi in questa massa di documenti, poter usufruire di accurate annotazioni critiche e di precisi metadati. Fin dal 1997 i volumi dei DDS vengono affiancati dalla banca dati Dodis, riconosciuta internazionalmente come opera pionieristica imprescindibile per la ricerca e che gode di un elevato livello di frequentazione. Grazie al costante miglioramento della banca dati Dodis messo in atto negli ultimi anni, come pure grazie alla creazione di numerose applicazioni e alla definizione di standard, il centro di ricerca ha assunto un ruolo trainante nell'ambito del gruppo internazionale degli editori di documenti diplomatici.

Quanto incisivo sia l'impatto della varietà di percorsi d'accesso offerto alla ricerca per promuovere nuovi approcci è mostrato tra l'altro dalla serie *Quaderni di Dodis*, che contiene monografie, volumi collettanei e raccolte tematiche di documenti riguardanti la storia contemporanea e la politica estera. Ad oggi sono già stati pubblicati con successo 21 volumi. Contributi di ricerca più brevi sulle relazioni internazionali della Svizzera, spesso tratti da lavori universitari, vengono pubblicati sulla rivista *Saggi di Dodis*. Tutte le pubblicazioni del centro di ricerca rispettano il principio del libero accesso e possono essere gratuitamente scaricate in vari formati.

La pubblicazione online dei documenti, il miglioramento costante della banca dati Dodis, senza dimenticare tutte le altre pubblicazioni, così come l'ulteriore e fruttuosa attività scientifica svolta dal centro di ricerca vogliono raggiungere due obiettivi: da un lato, il progetto di ricerca e d'edizione vuole contribuire a fornire a cittadine e cittadini, analiste e analisti, giornaliste e giornalisti, ricercatrici e ricercatori interessati una migliore comprensione delle sfide alle quali la Svizzera si è vista costantemente confrontata nell'ambito delle sue relazioni internazionali. D'altro canto, si tratta pure di fornire a tutte e tutti coloro che sono attivi in politica, in governo, in parlamento, nell'amministrazione federale e nella diplomazia un aiuto per orientarsi nel mondo degli affari esteri e trasmettere un sapere fino ad ora difficilmente accessibile. Il grande apprezzamento per le nostre ricerche, che riscontriamo di continuo, ci sprona a proseguire attivamente il progetto: il nostro scopo è di documentare i processi di interdipendenza transfrontaliera per rendere tangibile – in modo analitico e offrendone una lettura critica – la connessione globale della Svizzera.

Il presente volume sul 1993 appare puntualmente per l'inizio dell'anno 2024, in concomitanza con l'apertura al pubblico dei fondi d'archivio della Confederazione, allo scadere del termine legale di protezione di 30 anni. Il raggiungimento di questo ambizioso obiettivo sarebbe impensabile senza l'impegno straordinario di tutti i membri del centro di ricerca. Ringraziamo di cuore i colleghi di lunga data Thomas Bürgisser e Yves Steiner, come pure le ricercatrici e i ricercatori Annina Clavadetscher, Andréa Espinosa, Flurina Felix, Jonas Hirschi, Mattia Mahon e Dominik Matter, per il piacere comune nel condividere i risultati della ricerca scientifica. Senza la dedizione instancabile di Maurizio Rossi e Lena Heizmann, il potenziale innovativo del centro di ricerca, con la sua moltitudine di sistemi informatici e di tecnologie, non sarebbe stato sfruttato pienamente. Christiane Sibille e Tobias Steiner, con il progetto Metagrid, stanno facendo progredire in modo decisivo l'interconnessione digitale delle risorse umanistiche a livello nazionale e internazionale. Gli assistenti di ricerca Leo Balsiger, Antonio Giannico, Fabio Guldimann, Lelia Ischi, Killian L'Eplattenier, Chiara Merhi, Janick Rüttimann, Marie Spang, Febe Tognina e Marion Wagnières hanno fornito un contributo imprescindibile al centro di ricerca. Un aiuto prezioso ci è poi stato dato dalle stagiste e dagli stagisti provenienti dalle varie università svizzere come pure dai numerosi civilisti, ai quali desideriamo esprimere i nostri ringraziamenti più sinceri per l'impegno profuso: Jon Baudenbacher, Christian Bracher, Philippe Bucher, Frederico Fischer, Julian Gerber, Martin Giger, Till Glauser, Andri Hummel, Louis Marchand, Diawartou M'Baye, Giacomo Morisoli, Florian Ravasi, Arian Schenk, Fabian Schläpfer, Patrick Schweizer, Maximilian Seifert, Simon Staudenmann, Florian Stuber, Sven Süß, Tim Weber, Joel Wehrle e Manuel

Wyss. Ci rallegriamo peraltro che i molteplici incarichi di lavoro al centro di ricerca Dodis contribuiscano a promuovere una nuova generazione di ricercatrici e ricercatori, come testimonia, tra l'altro, il numero cospicuo di tesi sostenute nelle varie università.

Desideriamo infine ringraziare le istituzioni che finanziano il centro di ricerca Dodis o che gli offrono sostegno logistico. Il nostro grazie va in particolare all'Accademia svizzera delle scienze umane e sociali – segnatamente al segretario generale uscente Markus Zürcher e al suo supplente Beat Immenhauser; all'Archivio federale svizzero, in particolare al direttore Philippe Künzler e al capo della Divisione accesso all'informazione Stefan Nellen; al Dipartimento federale degli affari esteri, rappresentato dal segretario generale Markus Seiler e dalla responsabile del Servizio documentazione Elena Wildi-Ballabio. Il comitato scientifico ha sostenuto con convinzione il centro di ricerca in tutti i nuovi progetti, le iniziative e le innovazioni tecniche, spronandoci a proseguire sulla via intrapresa. Possa questo volume, puntualmente pubblicato in occasione dell'apertura degli archivi, confermare la loro fiducia nel progetto e contribuire al sostegno ulteriore dei nostri obiettivi visionari.

Berna, dicembre 2023

MADELEINE HERREN  
Presidente  
del comitato scientifico

SACHA ZALA  
Direttore  
del centro di ricerca Dodis

## II. Editorische Notiz

Die Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis) ist das Kompetenzzentrum für die Geschichte der internationalen Beziehungen und der Aussenpolitik der Schweiz. Dodis ist ein Institut der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) und somit der Akademien der Wissenschaften Schweiz (a+). Als Projekt der freien Forschung steht es unter dem Patronat der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG). Unterstützt wird das Institut durch das Schweizerische Bundesarchiv (BAR) sowie das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Seine Finanzierung durch das Parlament basiert auf dem Bundesbeschluss über die Kredite für die Institutionen der Forschungsförderung.

Die Edition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (DDS) ist ein Beitrag zur Grundlagenforschung der Geschichte der Schweiz. Der vorliegende Band zum Jahr 1993 setzt die dritte Serie der DDS über die Jahre 1990–1999 fort. Die Dokumente werden zeitnah an der Öffnung der Archivbestände, entlang der gesetzlichen 30-jährigen Schutzfrist für Archivgut des Bundes, publiziert. Damit dient das Editionsprojekt als Kompass und zugleich als Katalysator für weitere Recherchen und verleiht der zeithistorischen Forschung entscheidende Impulse.

Die Forschungsstelle Dodis besteht zurzeit aus mehr als 20 Personen: zehn Historikerinnen und Historikern, unterstützt von zahlreichen wissenschaftlichen Hilfskräften, Studierenden, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Zivildienstleistenden, die sich aus den schweizerischen Universitäten rekrutieren. Der Direktor der Forschungsstelle Dodis wird von einem wissenschaftlichen Beirat unterstützt, in welchem Professorinnen und Professoren der historischen Institute der schweizerischen Universitäten vertreten sind. Die engen personellen sowie institutionellen Beziehungen zur universitären Forschung sind nicht nur für die Bestimmung der relevanten Fragestellungen und Themen, sondern auch für die Nachwuchsförderung von zentraler Bedeutung. Durch die Publikation zahlreicher Studien in der Reihe *Quaderni di Dodis* und in der Zeitschrift *Saggi di Dodis*, die jeweils einen direkten Bezug zu den Editionsarbeiten aufweisen, wird die Historiografie zu den internationalen Beziehungen der Schweiz effektiv gefördert.

### *Selektion der Dokumente*

Ziel der Edition ist es, durch eine breite und systematische Erforschung der Bestände des Schweizerischen Bundesarchivs eine Auswahl von Dokumenten zu treffen, welche ein möglichst breites Spektrum der schweizerischen Aussenpolitik abbildet und die wichtigsten Problemstellungen und Fragen der massgeblichen Akteurinnen und Akteure aus Politik, Diplomatie und Verwaltung exemplarisch

wiedergibt. Die Themen und Fragestellungen – und in der Folge die Dokumente, die diese reflektieren – werden aufgrund ihrer relativen Bedeutung in Bezug auf die Gesamtheit der von der Forschungsstelle untersuchten internationalen Vorgänge ausgewählt.

Das Forschungsprojekt strebt eine breite und charakteristische, aber keineswegs lückenlose Dokumentation aussenpolitischer Ereignisse an. Vielmehr versucht die Forschungsstelle, die Grundzüge und Leitlinien der internationalen Beziehungen der Schweiz in einer Auslese verschiedener Aspekte zu illustrieren. Ausgewählt werden deshalb vornehmlich Dokumente, die für die Schweiz massgebliche aussenpolitische Ereignisse reflektieren; die eine generelle Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik erkennen lassen oder diese zu einem gegebenen Zeitpunkt nachhaltig beeinflusst haben; Akten, welche die Rolle der Schweiz in den internationalen Beziehungen aufzeigen oder Erklärungen für die Haltung der Schweiz zu Problemen der internationalen Politik bieten; Berichte und Lageanalysen, die den schweizerischen Blickwinkel zu wichtigen internationalen Vorgängen darlegen; schliesslich Instruktionen, Gutachten, Aufzeichnungen und Korrespondenzen etc., die für das Verständnis von Entscheidungsprozessen zentral sind.

Die ausgewählten Dokumente werden quellenkritisch präzise erschlossen und in der frei zugänglichen Online-Datenbank Dodis ([www.dodis.ch](http://www.dodis.ch)) als Faksimile mit allen relevanten Metadaten veröffentlicht. Aus diesem Fundus wird eine noch engere Auswahl an Dokumenten, die sich besonders paradigmatisch für die Illustration einer Problematik eignen, für die Bände der Serie DDS ediert und mit einem weiterführenden wissenschaftlichen Apparat versehen, welcher insbesondere weitere digitale Informationen der Datenbank Dodis und des Schweizerischen Bundesarchivs vernetzt. Für das nun vorliegend erforschte Jahr 1993 wurden aus den zahlreichen konsultierten Beständen 62 Dokumente in den Band und weitere rund 1700 Dokumente in die Datenbank Dodis aufgenommen.

Während in den DDS-Bänden vornehmlich Überblicksdokumente präsentiert werden, finden sich in den Anmerkungen Hinweise auf weitere, respektive weiterführende Dokumente zu einzelnen Aspekten oder verwandten Themen in der Datenbank Dodis. Der Band wird somit auch zur unerlässlichen Orientierungshilfe in der zunehmenden Fülle von Informationen der Datenbank. Die Permalinks im wissenschaftlichen Apparat verweisen auf Dokumente und Themen sowie auf weitere Angaben zu Personen, Körperschaften und geografischen Bezeichnungen und erleichtern die Konsultation von Dodis: Klassische Aktenedition und Datenbank ergänzen sich auf diese Weise symbiotisch.

Die ausgewählten Dokumente zum Jahr 1993 stammen mehrheitlich aus dem Schweizerischen Bundesarchiv, das die Akten von Parlament, Regierung und eidgenössischen Departementen (Ministerien) aufbewahrt. Punktuell wurde die Selektion mit Akten aus anderen Archiven ergänzt (vgl. das *Verzeichnis der benutzten Dossiers* im *Appendix*). Das schweizerische Regierungssystem ist dem Kollegialitätsprinzip verpflichtet. Das bedeutet, dass alle Entscheide einer gewissen Tragweite vom gesamten Bundesrat getroffen werden, womit praktisch alle Departemente und Amtsstellen direkt oder indirekt von aussenpolitischen Fragestellungen betroffen sind. Darüber hinaus spiegeln sich in der Aussenpolitik die nach dem Zweiten Weltkrieg vermehrt eingeforderte parlamentarische Mitwirkung, die direktdemokratische Rückkoppelung aussenpolitischer Grundsatzentscheide in Volk und Ständen, die «kleine Aussenpolitik» der Kantone und nicht zuletzt die faktisch alle Be-

reiche staatlichen Handelns ergreifende transnationale Verflechtung. Demzufolge gehen die «diplomatischen Dokumente» bei weitem nicht allein aus den Beständen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten hervor. Ein beachtlicher Teil der Akten stammt von der Regierung selbst – so die Sitzungsprotokolle und Beschlüsse des Bundesrats –, von den verschiedenen Departementen und Ämtern sowie von Delegationen oder Spezialmissionen und nicht zuletzt vom Parlament; auch Schreiben von Persönlichkeiten in amtlicher oder halbamtlicher Funktion oder von privaten Institutionen werden berücksichtigt.

Da die Edition ein Projekt der freien Forschung ist, unterliegen die Mitglieder der Forschungsstelle für den Zugang zum Archivgut des Bundes denselben rechtlichen Bestimmungen wie alle Forscherinnen und Forscher. Artikel 20 der *Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft* gewährleistet die Wissenschaftsfreiheit. Als Wissenschaftsunternehmen ist die Forschungsstelle Dodis deshalb im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der Auswahl der Dokumente vollkommen frei. Die wissenschaftliche Verantwortung dafür trägt der Direktor von Dodis. Die Forschungsstelle ist dem von der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte verabschiedeten *Ethik-Kodex* und deren *Grundsätzen zur Freiheit der wissenschaftlichen historischen Forschung und Lehre* verpflichtet. Im Sinne der wissenschaftlichen Überprüfbarkeit ihrer Forschungen listet die Forschungsstelle Dodis unter *Zugang zum Archivgut* im *Appendix* alle Dossiers auf, die sie aufgrund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht konsultieren konnte, sowie alle Dokumente, die sie nicht publizieren durfte. Dort werden ebenfalls die für die historische Forschung relevanten juristischen Grundlagen erklärt und es wird über die gestellten Einsichtsgesuche und deren Ergebnisse präzise Rechenschaft abgelegt.

#### *Editorische Praktiken*

Im Dokumententeil richtet sich die Struktur des Bandes nach den international geltenden, klassischen Grundsätzen der Edition diplomatischer Dokumente. Die Dokumente werden nach Verfassungsdatum in strikt chronologischer Reihenfolge präsentiert. Zur Erleichterung der Benutzung führt der Band ein *Dokumentenverzeichnis* mit Regesten in der entsprechenden Sprache der Dokumente.

Die Transkriptionen erfolgen nach den Standards der Text Encoding Initiative (TEI) und können somit auch im Internet im HTML-Format konsultiert oder im maschinenlesbaren XML-Format heruntergeladen und weiterverwendet werden. Im Allgemeinen sind die Transkriptionen der Dokumente im Band vollständig abgedruckt und die Faksimiles in der Datenbank Dodis in ganzer Länge konsultierbar. Die duale Publikationsform der Edition mit transkribierten und annotierten Dokumenten sowie Faksimiles erlaubt es, in den DDS-Bänden vereinzelt Kürzungen vorzunehmen, um lange Texte zu straffen oder Redundanzen zu vermeiden. Diese Praxis ermöglicht somit auch die Publikation von Auszügen von Quellengattungen, wie z. B. Studien, Berichten, aber auch Protokollen von Debatten unterschiedlicher Gremien, die sonst ihrer Länge wegen kaum Eingang in vergleichbare Akteneditionen finden. Auszüge und weggekürzte Textpassagen sind immer durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern gekennzeichnet und mit einer Anmerkung versehen. Anrede- und Grussformeln werden – unter Ausnahme editionswürdiger Besonderheiten – stillschweigend weggelassen.

Der redaktionelle Teil umfasst den Kopf der Dokumente sowie den Anmerungsapparat und ist in der Sprache des Dokuments abgefasst, d. h. in der Regel in den Amtssprachen Deutsch, Französisch oder Italienisch. Er setzt sich deutlich (*kursiv*) vom Quellentext (aufrecht) ab. Kursivsatz innerhalb der Transkription gibt originale Hervorhebungen an (Zwischentitel, Unterstreichungen, Sperrungen, etc.). Eingriffe der Herausgebenden in den Dokumenten sind kursiv in eckige Klammern gesetzt. Orthografie und Interpunktion werden bei offensichtlichen Fehlern stillschweigend bereinigt und die Schreibweise innerhalb der Texte vereinheitlicht.

Der Kopf der edierten Dokumente enthält den Permalink (z. B. [dodis.ch/61212](https://dodis.ch/61212)) für das Auffinden des Faksimiles und der Metadaten in der Online-Datenbank Dodis, den redaktionellen Titel, den Dokumententitel, eventuell vorhandene Klassifikations- und Dringlichkeitsvermerke (z. B. vertraulich, dringend, etc.) sowie den Ort und das Datum der Entstehung der Quelle (z. B. das Datum eines Protokolls). Das allfällige Datum des Ereignisses, auf welches sich das Aktenstück bezieht (z. B. das Datum der protokollierten Sitzung), wird entweder im Dokumententitel oder im redaktionellen Titel erwähnt. Der Dokumententitel ist in VERSALIEN gesetzt und orientiert sich am Originaltitel des Aktenstücks. Dokumententitel in eckigen Klammern sind redaktionell gesetzt.

Die erste Anmerkung jedes Dokuments verweist über die Archivsignatur auf den Fundort. In der Datenbank Dodis werden allfällige weitere Fundorte des Dokuments angegeben. Zusätzlich zu den Archivsignaturen werden auch die *Aktenzeichen* der Dossiers, so wie sie in den Findmitteln erscheinen (z. B. B.51.10), in Klammern angegeben, was das Auffinden der entsprechenden Dokumente sichern sowie weiterführende Recherchen erleichtern soll. Ferner enthält die erste Anmerkung auch eingehende Informationen zur Quellengattung, ggf. die Ordnungsnummer des Aktenstücks und Hinweise auf die Autorschaft, die Adressaten und den Entstehungskontext sowie weitere relevante quellenkritische Informationen.

Die Schreibweise der Majuskel und Minuskel von Fernschreiben wird zugunsten der Lesbarkeit normalisiert. Bei besonderen editionsphilologischen Fragestellungen sowie text- und quellenkritischen Fragen können Forschende den edierten Text immer mit dem Faksimile des Originaldokuments in der Online-Datenbank Dodis überprüfen und vergleichen. Die Anmerkungen und die redaktionellen Texte folgen der heutigen Orthografie, orientieren sich jedoch an sprachlichen Formen und Quellenbegriffen in ihrem historischen Entstehungskontext.

Soweit möglich, werden Dokumente, die in den veröffentlichten Transkriptionen erwähnt sind, im wissenschaftlichen Apparat erschlossen. Konnte ein referenziertes Dokument trotz gründlicher Nachforschungen nicht gefunden werden, ist die Formel «*nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato*» angegeben.

Der Appendix des Bandes führt zu dynamischen Online-Verzeichnissen und Registern, welche die hier edierten Dokumente mit zahlreichen Informationen in den vier Sprachen der Datenbank Dodis (Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch) verbinden. So gruppiert ein thematisches Verzeichnis die Dokumente nach den Themenschwerpunkten des Jahres 1993, die wiederum zu weiteren verknüpften Dokumenten aus anderen Zeitperioden führen. Register zu Personen, Körperschaften und geografischen Bezeichnungen ermöglichen das rasche, mehrsprachige Auffinden der gesuchten Informationen.

## II. Note éditoriale

Le centre de recherche Documents diplomatiques suisses (Dodis) représente le pôle de compétence pour l'histoire des relations internationales et de la politique étrangère de la Suisse. Dodis est un institut de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH) et, à ce titre, des Académies suisses des sciences (a+). En tant que projet de recherche libre, l'institut est placé sous le patronage de la Société suisse d'histoire (SSH). L'institut est soutenu par les Archives fédérales suisses (AFS) ainsi que par le Département fédéral des affaires étrangères (DFAE). Son financement par le Parlement est assuré à travers l'arrêté fédéral sur les crédits pour les institutions chargées d'encourager la recherche.

L'édition *Documents diplomatiques suisses* (DDS) est une contribution à la recherche fondamentale sur l'histoire de la Suisse. Le présent volume sur l'année 1993 poursuit la troisième série des DDS consacrée aux années 1990–1999. Les documents sont publiés au plus proche de l'ouverture des archives correspondantes – à l'expiration du délai de protection légal de 30 ans frappant les fonds de la Confédération. Le projet d'édition sert ainsi de boussole comme de catalyseur pour d'autres recherches et donne des impulsions décisives à la recherche en histoire contemporaine.

Le centre de recherche Dodis compte actuellement plus de 20 personnes: dix historiennes et historiens, aidés par des assistantes et assistants scientifiques, des étudiantes et étudiants, des stagiaires et des civilistes recrutés au sein des universités suisses. Le directeur du centre de recherche Dodis est soutenu par un comité scientifique, dans lequel siègent des professeures et professeurs des instituts d'histoire des universités suisses. Les liens personnels et institutionnels étroits entre Dodis et la recherche universitaire jouent un rôle primordial, non seulement afin de déterminer les thèmes et problématiques essentielles, mais également pour assurer la promotion de la relève. La publication de nombreuses études directement liées aux travaux d'édition dans la série *Quaderni di Dodis* ou dans la revue *Saggi di Dodis* nourrit efficacement l'historiographie des relations internationales de la Suisse.

### *Sélection des documents*

Le but de l'édition est de proposer, au terme de recherches systématiques dans les Archives fédérales suisses (AFS), une sélection de documents rendant compte aussi largement que possible de la politique extérieure de la Suisse et reflétant de manière fidèle les enjeux et les problèmes les plus importants auxquels les principaux acteurs et actrices de la politique, de la diplomatie et de l'administration ont fait face. Les thèmes, les problématiques – et par conséquent les documents qui les

reflètent – sont retenus en fonction de leur importance par rapport à l'ensemble des processus historiques internationaux étudiés par le centre de recherche.

Le projet de recherche a pour objectif de produire une documentation large et caractéristique – mais en aucun cas exhaustive – des événements de politique internationale. Le centre de recherche s'attache plutôt à illustrer les fondements et les lignes directrices de la politique extérieure de la Suisse à travers ses aspects les plus divers. Les textes qui reflètent des événements de politique extérieure déterminants pour la Suisse, qui permettent d'en saisir l'orientation générale ou qui ont pu déterminer à un moment donné cette orientation ont prioritairement été retenus pour la publication. S'y ajoutent des documents qui éclairent le rôle de la Suisse dans la politique internationale ou son attitude face à des événements particuliers, des rapports et analyses de situation qui contiennent des informations originales ou qui reflètent le point de vue de la Suisse sur des événements importants et, enfin, des instructions, avis, notices et correspondances qui sont indispensables à la compréhension de différents sujets et de processus de prise de décision.

Les documents sélectionnés sont indexés de manière critique et précise. Ils sont publiés en libre accès sur la base de données en ligne Dodis ([www.dodis.ch](http://www.dodis.ch)), sous forme de facsimilés et enrichis de l'ensemble des métadonnées pertinentes. Une sélection restreinte des documents de ce corpus, qui se prête de manière particulièrement paradigmatique à l'illustration d'une problématique, est transcrite dans les volumes de la série des DDS. Elle est accompagnée d'un appareil critique approfondi, qui met notamment en réseau d'autres informations numériques de la banque de données Dodis et des Archives fédérales suisses. Pour l'année 1993, quelque 1700 documents ont été choisis pour la base de données Dodis et 62 documents ont été choisis pour le volume parmi les nombreux fonds d'archives consultés.

Les volumes des DDS présentent en particulier des documents offrant un large aperçu d'une thématique, tandis que de nombreuses notes de bas de page sur des sujets spécifiques ou des thématiques connexes renvoient vers d'autres documents de la base de données Dodis. Le volume sert ainsi de boussole pour s'orienter au milieu du nombre croissant d'informations contenues dans la base de données. Les permaliens figurant dans l'appareil critique de tous les documents renvoient directement et durablement à des documents et des thématiques, de même qu'à des informations supplémentaires concernant des personnes, des organisations ou des noms géographiques, simplifiant ainsi l'utilisation de la base de données Dodis. L'édition imprimée et la base de données se complètent donc de manière symbiotique.

Les documents sélectionnés pour l'année 1993 proviennent pour la plupart des Archives fédérales suisses, chargées de conserver les actes du parlement, du gouvernement et des départements fédéraux (ministères). Par endroits, la sélection de documents a pu être complétée par des documents provenant d'autres fonds d'archives (cf. la *liste des dossiers consultés* dans l'*appendice*). Le gouvernement suisse fonctionne selon le principe de collégialité, ce qui signifie que les décisions qui relèvent d'une certaine importance sont prises par l'ensemble du Conseil fédéral de sorte que pratiquement tous les départements et les unités administratives sont, directement ou indirectement, en prise avec des questions de politique extérieure. En outre, la politique extérieure reflète la participation parlementaire de plus en plus exigée après la Seconde Guerre mondiale, l'écho de la démocratie directe

dans le peuple et les cantons pour les décisions de principe en matière de politique extérieure, la «petite politique étrangère» des cantons et, enfin, l'interdépendance transnationale qui touche de fait tous les domaines de l'action étatique. Par conséquent, les «documents diplomatiques» ne proviennent pas uniquement des fonds du Département fédéral des affaires étrangères. Un nombre non négligeable de documents provient du gouvernement lui-même, tels que les procès-verbaux des séances et des décisions du Conseil fédéral, des différents départements et unités administratives, ou encore de délégations, de missions spéciales, et enfin du Parlement. À ces sources s'ajoutent des lettres d'institutions privées ou de personnalités agissant en qualité officielle ou semi-officielle.

L'édition des documents étant un projet indépendant, les membres du centre de recherche sont soumis aux mêmes dispositions légales concernant l'accès aux archives de la Confédération que toutes les chercheuses et chercheurs. L'article 20 de la *Constitution fédérale de la Confédération suisse* garantit la liberté scientifique. Le centre de recherche Dodis, en sa qualité d'entreprise active dans le domaine de la science, jouit donc d'une pleine liberté dans le choix des documents qu'il souhaite publier, dans le respect des dispositions légales applicables. La responsabilité scientifique appartient au directeur de Dodis. Le centre de recherche Dodis applique le *Code d'éthique* et les *Principes de la liberté de la recherche et de l'enseignement scientifiques de l'histoire*, adoptés par la Société suisse d'histoire. À des fins de vérification scientifique de ses travaux, le centre de recherche Dodis liste sous *Accès aux archives*, dans l'*appendice*, tous les dossiers qu'il n'a pas pu consulter en raison des dispositions légales en vigueur, ainsi que tous les documents qu'il n'a pas été autorisé à publier. Les bases légales qui présentent un intérêt pour la recherche historique y sont également expliquées. Au surplus, figurent à cet endroit les demandes de consultation déposées et la suite qui leur a été donnée.

### *Pratiques éditoriales*

La structure du volume répond aux principes classiques et internationalement reconnus d'édition des documents diplomatiques. Ces derniers sont ainsi présentés dans un strict ordre chronologique, établi en fonction des dates de rédaction. Une *table des documents*, servant d'index et augmentée d'un résumé dans la langue du document, facilite en outre l'utilisation du volume.

Les transcriptions sont effectuées selon les normes de la Text Encoding Initiative (TEI). Elles peuvent dès lors être consultées sur internet au format HTML, ou être téléchargées puis utilisées au format interopérable XML. Les transcriptions des documents sont en principe imprimées intégralement dans le volume et les facsimilés sont consultables dans la base de données Dodis. La publication conjointe des documents sous forme de transcription annotée et de facsimilé permet de raccourcir, dans les volumes des DDS, certains longs textes et d'éviter les redondances. Cette pratique permet ainsi de publier des extraits de sources, telles que des études, des rapports mais également des procès-verbaux de débats de différents organes, qui, en raison de leur longueur, ne trouveraient pas leur place *in extenso* dans d'autres éditions de sources. Les passages non reproduits sont cependant toujours indiqués comme tels par des points de suspension entre crochets et accompagnés d'une note de bas de page. Les formules de politesse ont été omises sans autres indications, à l'exception des cas où elles revêtent une importance particulière.

La partie rédactionnelle, comprenant l'en-tête des documents et les annotations, est écrite dans la langue du document, soit en général dans l'une des langues officielles (allemand, français et italien). Par l'emploi de l'*italique*, elle se distingue du texte de la source, lui-même reproduit en caractère romain. Les passages du document original mis en évidence (sous-titres, textes soulignés ou en caractères espacés, etc.) sont également rendus dans la transcription par l'*italique*. Les interventions de la rédaction à l'intérieur du document figurent en *italique* et entre crochets. L'orthographe et la ponctuation ont été modifiées sans autre formalité dans les cas de fautes évidentes ou pour unifier l'écriture à l'intérieur du texte.

L'en-tête des documents édités comprend le permalien (p. ex. [dodis.ch/61212](https://dodis.ch/61212)), qui renvoie au facsimilé du document original et à des métadonnées dans la base de données en ligne Dodis, le titre rédactionnel, le titre du document, les éventuels classifications et degré d'urgence (confidentiel, urgent, etc.), ainsi que la date et le lieu de la rédaction (p. ex. la date d'un procès-verbal). Le cas échéant, la date de l'événement auquel le document fait référence (p. ex. la date de la séance qui fait l'objet du procès-verbal) est mentionnée soit dans le titre du document soit dans le titre rédactionnel. Le titre du document édité est composé en CAPITALES et s'appuie sur le titre original du document. Les titres entre crochets ont été édités par la rédaction.

La première note de bas de page de chaque document indique le fonds d'archives par sa cote. Les autres localisations éventuelles du document sont indiquées dans la base de données Dodis. En plus de cette dernière, les *cadres de classement* des dossiers, tels qu'ils apparaissent dans les instruments de recherche, sont indiqués entre parenthèses (p. ex. B.51.10), ce qui permet de retrouver facilement le document en question et offre la possibilité de nouvelles recherches. Cette première note contient également des informations détaillées sur le type de document, tel que son numéro de série, ainsi que les références à l'auteur ou l'autrice, aux destinataires, au contexte d'origine ou à tout autre élément pertinent pour l'examen critique des sources.

L'écriture des majuscules et des minuscules dans les télex a été adaptée de façon à faciliter la lecture. En cas d'incertitudes relatives à l'édition, au texte ou à la source des documents publiés, il est toujours possible de comparer et de contrôler le texte reproduit dans le volume avec le facsimilé du document original dans la base de données Dodis. Les notes et les textes rédactionnels suivent l'orthographe actuelle, tout en respectant également les formes linguistiques et la terminologie originale des sources dans leur contexte historique de production.

Dans la mesure du possible, les documents mentionnés dans les transcriptions publiées sont référencés dans l'appareil critique. La formule «*nicht ermittelt / non retrouvé / non ritrovato*» indique qu'un document évoqué a fait l'objet d'une recherche approfondie qui n'a pas abouti.

L'appendice du volume mène à des listes et index dynamiques en ligne, qui relient les documents édités ici à une multitude d'informations disponibles dans les quatre langues de la base de données Dodis (allemand, français, italien et anglais). Ainsi, une table méthodique regroupe les documents en fonction des axes thématiques de 1993, ce qui permet par la suite de consulter des documents d'autres périodes portant sur les mêmes thématiques. Les index des personnes, des organisations et des noms géographiques permettent d'accéder rapidement et dans plusieurs langues à l'information recherchée.

## II. Introduzione editoriale

Il centro di ricerca Documenti diplomatici svizzeri (Dodis) rappresenta il polo di competenza in materia di storia delle relazioni internazionali e della politica estera della Svizzera. Dodis è un progetto di libera ricerca dell'Accademia svizzera di scienze umane e sociali (ASSU) e, come tale, parte delle Accademie svizzere delle scienze (a+). L'istituto, quale progetto di libera ricerca, opera sotto il patronato della Società svizzera di storia (SSS). Dodis gode inoltre del sostegno dell'Archivio federale svizzero (AFS) e del Dipartimento federale degli affari esteri (DFAE). Il suo finanziamento parlamentare è regolato dal decreto federale sullo stanziamento di crediti alle istituzioni che promuovono la ricerca.

L'edizione dei *Documenti diplomatici svizzeri* (DDS) è dunque un contributo alla ricerca fondamentale nel campo della storia della Svizzera. L'attuale volume, dedicato all'anno 1993, continua la terza serie dei DDS che copre gli anni 1990–1999. Questo periodo è caratterizzato dalla fine della «guerra fredda» e dalla relativa incertezza causata dalla fine del bipolarismo. I documenti di questa terza serie dei DDS vengono pubblicati tempestivamente seguendo la graduale apertura dei fondi archivistici soggetti a un termine di protezione legale di 30 anni. Il progetto editoriale funge quindi da bussola e da catalizzatore per ulteriori ricerche e dà un impulso decisivo alla ricerca storica contemporanea.

Il centro di ricerca Dodis è attualmente composto da più di 20 persone: dieci storiche e storici, coadiuvati da assistenti di ricerca, studentesse e studenti, persone in formazione o che prestano servizio civile, reclutate e reclutati dalle università svizzere. Il direttore del centro di ricerca è sostenuto da un comitato scientifico, composto da professoressse e professori degli istituti di storia delle università svizzere. Gli stretti contatti personali e istituzionali con la ricerca universitaria rivestono un'importanza di primo piano non soltanto per l'individuazione delle questioni di ricerca e dei temi rilevanti in base ai quali orientare il lavoro di analisi e selezione; essi sono pure essenziali per la promozione di giovani talenti. Nella collana *Quaderni di Dodis* e nella rivista *Saggi di Dodis* vengono pubblicati numerosi studi che hanno uno stretto legame con le ricerche del centro. Questa feconda attività editoriale promuove in misura determinante la storiografia sulle relazioni internazionali della Svizzera.

### *Selezione dei documenti*

L'obiettivo dell'edizione, che sottende un ampio e sistematico studio dei fondi conservati nell'Archivio federale svizzero, è la pubblicazione di una selezione di documenti in grado di coprire tutti gli ambiti più rilevanti della politica estera svizzera e di mostrare in modo rappresentativo le maggiori questioni e gli interro-

gativi dei principali attori della politica, della diplomazia e dell'amministrazione. I temi e le problematiche – e di conseguenza i documenti che li illustrano – vengono selezionati in base alla loro importanza relativa rispetto alla globalità dei processi internazionali analizzati dal centro di ricerca.

Il progetto di ricerca si prefigge lo scopo di costituire una documentazione ampia e rappresentativa sull'insieme degli eventi legati alla politica estera da un punto di vista svizzero, ma non mira all'eshaustività. Il suo obiettivo è piuttosto quello di illustrare i tratti essenziali di tale politica nelle sue diverse dimensioni, basandosi su un'ampia scelta di differenti ambiti. Si è preferito pubblicare, nell'ordine, documenti che riflettono eventi di politica estera decisivi per la Svizzera o che rivelano l'orientamento generale della politica estera svizzera; testi che mostrano il ruolo della Svizzera nella politica internazionale o ne chiariscono l'atteggiamento di fronte a un evento o problema particolare; rapporti o analisi che contengono informazioni originali o riflettono l'ottica di un paese neutrale su avvenimenti importanti; infine, istruzioni, avvisi, appunti e corrispondenza che si ritengono indispensabili per la comprensione di singole questioni e in particolare per il processo decisionale e il ruolo dei singoli attori.

I documenti selezionati sono sottoposti a una rigorosa analisi critica e sono messi a disposizione, sotto forma di facsimile corredati di tutti i metadati pertinenti, nella banca dati online liberamente accessibile Dodis ([www.dodis.ch](http://www.dodis.ch)). Da questa ricca scelta è tratta un'ulteriore selezione – che promuove quei documenti che maggiormente si prestano a illustrare una problematica in maniera paradigmatica – trascritta per i volumi della serie DDS e corredata di un apparato critico accurato che rimanda ad ulteriori informazioni digitali provenienti dalla banca dati Dodis e dall'Archivio federale svizzero. Dopo approfondite ricerche in numerosi fondi d'archivio, per l'anno 1993 sono stati pubblicati circa 1700 documenti nella banca dati Dodis e 62 documenti nel presente volume.

I volumi dei DDS presentano in linea di principio i documenti particolarmente adatti a fornire una visione generale su un tema; le note dell'apparato critico rimandano invece a svariati documenti che toccano aspetti specifici o temi correlati che si trovano nella banca dati Dodis. In questo senso, il volume si rivela un'indispensabile bussola per non perdere l'orientamento nella sempre più vasta e consistente massa d'informazioni contenuta nella banca dati. I permalink riportati nell'apparato critico rimandano a documenti e a temi come pure ad altre informazioni riguardanti persone, organizzazioni e luoghi, semplificando così considerevolmente l'utilizzo della banca dati Dodis: l'edizione a stampa e la banca dati si completano a vicenda in modo simbiotico.

La maggior parte dei documenti selezionati per l'anno 1993 proviene dall'Archivio federale svizzero, che conserva gli atti del parlamento, del governo e dei vari dipartimenti federali (ministeri). Nei casi in cui sussistono forti connessioni con l'amministrazione federale, la selezione è stata integrata puntualmente con documenti provenienti da altri archivi (cfr. *elenco dei fondi utilizzati in appendice*). Poiché il governo svizzero si basa sul principio della collegialità, tutte le decisioni di una certa portata vengono prese dal Consiglio federale in corpore. Così, di fatto, tutti i dipartimenti e i relativi uffici federali sono toccati, direttamente o indirettamente, da questioni legate alla politica estera. Nella politica estera si riflettono peraltro il maggior coinvolgimento del Parlamento richiesto dopo la Seconda guerra mondiale, il riscontro democratico diretto delle decisioni fonda-

mentali di politica estera tra il popolo e nei Cantoni, la «piccola politica estera» dei Cantoni e, non da ultimo, l'interdipendenza transnazionale che concerne, di fatto, tutti i settori dell'azione statale. Di conseguenza, i «documenti diplomatici» non provengono esclusivamente dai fondi del Dipartimento federale degli affari esteri. Una parte non trascurabile dei documenti proviene dal governo stesso, ad esempio i verbali delle sedute e le decisioni prese dal Consiglio federale, dai vari dipartimenti con i relativi uffici, nonché da varie delegazioni o missioni speciali e, non da ultimo, dal parlamento. Sono state inoltre prese in considerazione lettere di personalità ufficiali o che esercitavano attività semiufficiali, come pure scritti di esponenti di istituzioni private.

I Documenti diplomatici svizzeri sono un progetto di ricerca indipendente. Perciò, per quanto riguarda l'accesso al materiale d'archivio della Confederazione, i collaboratori del centro di ricerca sono soggetti alle stesse disposizioni legali di tutti gli altri ricercatori. L'articolo 20 della *Costituzione federale* garantisce la libertà della scienza. In quanto progetto scientifico, il centro di ricerca di Dodis è tenuto a rispettare le leggi vigenti, ma è completamente libero nella selezione dei documenti. La responsabilità scientifica per la selezione spetta al direttore della ricerca. Il centro di ricerca Dodis si attiene al *Codice d'etica* e ai *Principi della libertà della ricerca e dell'insegnamento scientifico della storia* approvati dalla Società svizzera di storia (SSS). Al fine di garantire la verificabilità scientifica della propria ricerca, il centro di ricerca Dodis elenca nell'appendice *Accesso agli archivi* tutti i dossier che non ha potuto consultare a causa delle disposizioni di legge applicabili, nonché tutti i documenti che non ha potuto pubblicare. Sempre nell'appendice si trovano dettagliate indicazioni sulle basi legali rilevanti per la ricerca storica come pure precise informazioni sulle richieste di consultazione effettuate per fondi non accessibili e sulle risposte ottenute.

### *Prassi editoriale*

Nella parte riservata ai documenti, la struttura del volume si basa sui classici principi dell'edizione di documenti diplomatici. I documenti sono presentati per ordine strettamente cronologico secondo la loro data di stesura. Per facilitarne la consultazione, il volume include un *indice e sommario dei documenti* con dei registi nella rispettiva lingua originale.

Le trascrizioni sono eseguite secondo gli standard della Text Encoding Initiative (TEI) e possono quindi essere consultate su internet nel formato HTML oppure scaricate e utilizzate in formato XML leggibile automaticamente dal computer. In linea di massima, i documenti trascritti nel volume sono pubblicati integralmente e i facsimile presenti nella banca dati Dodis sono consultabili nella loro interezza. La natura duale dell'edizione, in forma trascritta nel volume e in facsimile nella banca dati Dodis, permette tuttavia tagli puntuali nella trascrizione di lunghi testi, evitando così lungaggini e ridondanze. Questa prassi consente la pubblicazione in estratto di fonti – come, per esempio, rapporti, ma anche protocolli e dibattiti – che altrimenti, per la loro ampiezza, non troverebbero posto in un'edizione di documenti. I passi soppressi sono sempre indicati con puntini di sospensione fra parentesi quadre e sono accompagnati da una nota a piè di pagina. Le formule di saluto sono state tacitamente soppresse; fanno eccezione espressioni particolari meritevoli di essere pubblicate.

La parte redazionale si compone dell'intestazione e dell'apparato critico nella lingua del rispettivo documento, di regola dunque nelle lingue ufficiali tedesco, francese o italiano. La parte redazionale si distingue in modo chiaro dal testo del documento stesso (che è in carattere tondo) per l'uso del *corsivo*; nella trascrizione, il *corsivo* restituisce anche i passi evidenziati nel documento originale (sottotitoli, sottolineature, scritture allargate, ecc.). Gli interventi redazionali all'interno del documento figurano fra parentesi quadre; ortografia e punteggiatura sono state modificate tacitamente nei casi di errore evidente o per unificare la grafia del testo.

L'intestazione dei documenti editi comprende il permalink (p. es. [dodis.ch/61212](https://dodis.ch/61212)) per il reperimento del facsimile e dei metadati nella banca dati Dodis, il titolo redazionale, il titolo del documento, l'eventuale grado di classificazione o di urgenza del documento (confidenziale, urgente, etc.), il luogo e la data della sua stesura (p. es. la data di un verbale). L'eventuale data dell'evento a cui si riferisce l'atto (p. es. la data della seduta verbalizzata) è riportata nel titolo del documento o nel titolo redazionale. Il titolo del documento edito è trascritto in MAIUSCOLETTO tondo e rispecchia il titolo originale dell'atto. I titoli dei documenti tra parentesi quadre sono editoriali.

Nella prima nota a piè di pagina di ogni documento viene indicata la provenienza del documento attraverso la segnatura d'archivio. Nella banca dati Dodis sono precisate eventuali altre provenienze del documento. Oltre alle segnature vengono indicati anche i numeri d'ordine dei dossier (*Aktenzeichen*), così come appaiono negli inventari (p. es. B.51.10). Questo facilita il reperimento dei singoli dossier e l'estensione delle ricerche. Questa prima nota contiene inoltre indicazioni dettagliate sul tipo di documento, un eventuale numero di serie come pure riferimenti all'autore o ai destinatari nonché informazioni supplementari sulla genesi del documento rilevanti per la critica delle fonti.

Per agevolare la lettura, nella trascrizione di telex le maiuscole e le minuscole sono state normalizzate. Per ogni questione filologica o legata alla critica delle fonti, i ricercatori possono sempre confrontare il testo trascritto con il facsimile del documento originale nella banca dati in linea Dodis. Le note a piè di pagina e le parti redazionali si attengono principalmente all'odierna ortografia, fatta eccezione per quelle forme linguistiche e i termini delle fonti particolarmente intrinseci al loro contesto storico.

Nella misura del possibile, i documenti citati nelle trascrizioni qui pubblicate sono indicizzati nell'apparato critico. Qualora non sia stato possibile rintracciare, nonostante una ricerca approfondita, un documento citato e ritenuto importante, esso è indicato con la formula «*nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato*».

L'*appendice* del volume conduce a indici ed elenchi dinamici online che colleghino i documenti qui pubblicati con una vasta quantità di informazioni contenute nella banca dati Dodis e disponibili nelle sue quattro lingue (tedesco, francese, italiano, inglese). Una *tavola metodica* non solo riunisce e raggruppa i documenti per l'anno 1993 secondo il loro focus tematico, ma permette altresì di correlare dinamicamente ulteriori documenti di altri periodi. I *registri* delle *persone*, delle *organizzazioni* e delle *denominazioni geografiche* permettono di trovare rapidamente e in diverse lingue le informazioni cercate.



### III. Einleitung

#### Introduction

#### Introduzione

#### Introduction

Diese Einleitung steht auch als Artikel der Zeitschrift *Saggi di Dodis* in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch zur Verfügung.  
Herunterladen unter [dodis.ch/saggi/6-1](https://dodis.ch/saggi/6-1)

Cette introduction est également disponible sous forme d'article dans la revue *Saggi di Dodis* en allemand, français, italien et anglais.  
Télécharger sur [dodis.ch/saggi/6-1](https://dodis.ch/saggi/6-1)

Questa introduzione è disponibile anche come articolo della rivista *Saggi di Dodis* in tedesco, francese, italiano e inglese.  
Scaricare da [dodis.ch/saggi/6-1](https://dodis.ch/saggi/6-1)

This introduction is also available as an article in the journal *Saggi di Dodis* in German, French, Italian and English.  
Download from [dodis.ch/saggi/6-1](https://dodis.ch/saggi/6-1)



*Neuorientierung und Charmeoffensive. Diplomatische Dokumente der Schweiz 1993*

*Réorientation et offensive de charme. Documents diplomatiques suisses 1993*

*Riorientamento e offensiva di fascino. Documenti diplomatici svizzeri 1993*

*Reorientation and Charm Offensive. Diplomatic Documents of Switzerland 1993*



## Einleitung

Vor dem Eingang zum Landgut Lohn in Kehrsatz bei Bern gab es für die Fotografen noch einmal einen kräftigen Händedruck und ein Lächeln mit dem hohen Gast, dann verschwanden Bundespräsident Adolf Ogi sowie die Bundesräte Flavio Cotti und Kaspar Villiger mit dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl im Inneren des Gebäudes. Das für die Schweiz vielleicht wichtigste europapolitische Gespräch nach der Ablehnung des Vertrags über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) durch die Stimmbevölkerung im Jahr zuvor fand an jenem 18. Oktober 1993 hinter verschlossenen Türen unter acht Augen statt. Wenige Wochen vor dem Treffen mit Kohl, das anlässlich eines privaten Besuchs des Bundeskanzlers am Filmfestival von Locarno im August 1993 initiiert worden war, wurde dem schweizerischen Botschafter in Bonn über halboffizielle Kanäle die Haltung des Gastes bezüglich des Verhältnisses der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zugetragen: Kohl sei entschlossen, «den Schweizern in ihren Verkehrsverhandlungen beizustehen», sofern die gesamthafte Ausgewogenheit eines Arrangements mit der EG gewährleistet würde. Gleichzeitig gab sich der deutsche Kanzler überzeugt, dass die Schweiz auf Grund der Beschwerlichkeiten des bilateralen Wegs schon bald den Vollbeitritt zur EG suchen werde. Dieses Einschwenken der Schweiz auf den Beitrittskurs sei für den überzeugten Europäer «ein Gebot einfachster Einsicht» (Dok. 45, [dodis.ch/64059](https://www.dodis.ch/64059)). Es war höchst ungewöhnlich, dass an den fast vierstündigen Unterredungen der drei Bundesräte mit Kohl keine diplomatischen Mitarbeitenden teilnahmen. Entsprechend gibt es keine amtlichen Aufzeichnungen zu den Gesprächen, deren Inhalt sich weitgehend um die historische Rolle Deutschlands und Europas sowie um die Zukunft der EG drehten. Kohls Aussage «Schweizer Trotz nützt auf die lange Sicht nicht», die Bundespräsident Ogi in seinen handschriftlichen Notizen festhielt, bestätigt jedoch, wie stark das Wohlwollen des Kanzlers gegenüber der Schweiz in dessen Überzeugung von der Unausweichlichkeit einer raschen europapolitischen Integration der Eidgenossenschaft gründete, die er auch im Sinne einer Stärkung des deutschsprachigen, liberalen und «nordischen» Lagers innerhalb der Union begrüssen würde (Dok. 47, [dodis.ch/64997](https://www.dodis.ch/64997)).

Das Treffen mit Kohl steht exemplarisch für die schweizerische Aussenpolitik im Jahr 1993. Nach der historischen Niederlage in der EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992 bemühte sich der Bundesrat in zahlreichen Treffen auf höchster Ebene um eine Neugestaltung der Beziehungen zur EG, bzw. ab November 1993 zur Europäischen Union (EU). Persönliche Kontakte zu «guten Freunden» wie Bundeskanzler Kohl erachtete die Landesregierung als Schlüssel zu einer zufriedenstellenden Regelung des Verhältnisses der Schweiz zu Europa. Dabei verfolgte

der Bundesrat eine mehrspurige Strategie. Einerseits hielt er an seinem langfristigen Ziel einer Mitgliedschaft in der EU fest und zog deshalb das Gesuch um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen vom 18. Mai 1992 nicht zurück. Der Bundesrat schloss ebenfalls nicht aus, dass die Schweiz zu einem späteren Zeitpunkt dem EWR beitreten könne. Das primäre Ziel der Landesregierung stellte jedoch die Aufnahme bilateraler sektorieller Verhandlungen mit der EG dar. Vier Tage nach dem Treffen im Lohn sandte Bundespräsident Ogi Bundeskanzler Kohl ein Schreiben, in welchem er in Hinblick auf eine rasche Verhandlungseröffnung die schweizerischen Prioritäten darlegte (Dok. 50, [dodis.ch/65355](http://dodis.ch/65355)). Würde die diplomatische Charmeoffensive des Bundesrats glücken und die EG und ihre Mitgliedsstaaten für die schweizerischen Anliegen gewogen machen? Neben den konkreten Kontakten zu den führenden Politikern Europas setzte sich der Bundesrat im Zuge der Veröffentlichung seines Berichts über die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren auf konzeptioneller Ebene intensiv und überraschend offen mit der schweizerischen Rolle in den internationalen Beziehungen auseinander. Mit welchen Mitteln konnte die Schweiz angesichts einer zunehmend interdependenten Welt auf bestmögliche Art ihre Interessen wahren und welche Anpassungen an die neuen Umstände galt es an der Neutralitätspolitik vorzunehmen? Welches sollte der Platz der Schweiz innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur sein? In welche Richtung entwickelte sich das Verhältnis zu Osteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, wo vermehrt Konflikte auftraten, und wie sollten die Wirtschaftskontakte zu Asien, Lateinamerika und Afrika gewichtet werden? Der vorliegende Band der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* (DDS) beleuchtet diese und weitere zentrale Fragen zu den internationalen Beziehungen der Schweiz im Jahr 1993 mit einer Auswahl von Dokumenten und einer Vielzahl von Hinweisen auf zusätzliche Quellen und weiterführende Informationen in der Online-Datenbank Dodis.

In dieser schwierigen Phase der Neuorientierung amtierte mit Bundesrat Adolf Ogi der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements (EVED) als Bundespräsident. Bundesrat René Felber, der seit 1987 an der Spitze der Schweizer Aussenpolitik stand, kündigte an der ersten Bundesratssitzung des Jahres aus gesundheitlichen Gründen per Ende März seinen Rücktritt aus der Landesregierung an. Sein aussenpolitisches Engagement wurde vom Parlament ausführlich gewürdigt (Dok. 4, [dodis.ch/65237](http://dodis.ch/65237)). Am 10. März wählte die Vereinigte Bundesversammlung unter turbulenten Umständen die Genfer Sozialdemokratin Ruth Dreifuss als Nachfolgerin ihres Parteigenossen aus dem Kanton Neuenburg. Sie war die zweite Frau überhaupt, die in die Exekutive der Schweiz einzog. Die Neuwahl führte zu einer Ämterrochade, indem am 1. April Bundesrat Flavio Cotti (CVP, Tessin), der seit 1987 dem Eidg. Departements des Innern (EDI) vorgestanden hatte, von Felber die Leitung des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) übernahm. Er setzte sich in der Ausmarchung gegen Arnold Koller (CVP, Appenzell Innerrhoden) durch, den Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), der sich ebenfalls für das Amt des Aussenministers interessiert hatte. Für die Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz blieb weiterhin der Waadtländer FDP-Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz verantwortlich, der Vorsteher des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements (EVD). Die Bundesräte Otto Stich (SP, Solothurn) und Kaspar Villiger (FDP, Luzern) waren sowohl als Mitglieder des Regierungskollegiums, als auch als Vorsteher ihrer Departemente – Finanzen

(EFD) respektive Militär (EMD) – ebenfalls intensiv in die aussenpolitische Entscheidungsfindung eingebunden. Dasselbe galt für die neugewählte Bundesrätin Dreifuss, die von Bundesrat Cotti die Führung des EDI übernahm.

### *Neuausrichtung der Aussen-, Sicherheits- und Neutralitätspolitik*

Die Querschnittfunktion der Aussenpolitik zeigt sich exemplarisch an der Genese des bundesrätlichen Berichts zur konzeptionellen Ausrichtung seiner aussenpolitischen Zielsetzung und Strategie für die 1990er Jahre. Der Bundesrat diskutierte am 24. März an einer ausserordentlichen Sitzung einen ersten, noch unter dem scheidenden EDA-Vorsteher René Felber ausgearbeiteten Entwurf, bei der die Ratsmitglieder als Fachminister Elemente einbrachten, die aus der Perspektive ihres Departements massgeblich für die internationalen Beziehungen der Schweiz waren. «L'idée de base est que l'indépendance de la Suisse n'est plus garantie par une distance à l'égard du contexte international», eröffnete der federführende Aussenminister die Diskussion. Alle Ratsmitglieder begrüsst eine kohärente Vision verschiedener aussenpolitischer Aspekte. Bundesrat Stich äusserte sich aber kritisch zur Fokussierung des Berichts auf die EG und den EWR. Es gelte Probleme weltweit anzupacken, nicht nur im europäischen Rahmen, «vor allem in Anbetracht der Unfähigkeit Europas, die Probleme zu lösen», forderte der europaskeptische Finanzminister. Auch Bundesrat Koller fragte sich kritisch, ob der Bericht nicht zu intentional sei: «Bei der Lektüre gewinnt man den Eindruck, es genüge, Mitglied der UNO und der EG zu werden, um dank Mitbestimmung alle Probleme zu lösen.» Eine solche Haltung wäre gefährlich und würde viel Opposition verursachen. Der Justizminister äusserte zudem Bedenken in Bezug auf die sicherheitspolitische Komponente des Berichts: Die Avancen gegenüber den Verteidigungsbündnissen der North Atlantic Treaty Organization (NATO) und der Westeuropäischen Union (WEU) seien gefährlich, «denn man kann nicht nur ein wenig schwanger sein». Bundespräsident Ogi resümierte abschliessend, in dem «hoch brisanten» Bericht stellten sich stets dieselben Grundsatzfragen: «Mitmachen oder nicht? Drinnen oder draussen sein?» Seine Antwort sei klar: «Mitmachen und drinnen sein ist für unser Land besser.» Dazu müsse jedoch Aussenpolitik «zur vertrauten Politik» gemacht werden. Es gelte den Boden innenpolitisch vorzubereiten, bevor «internationale Sprünge» gewagt würden (Dok. 8, [dodis.ch/61211](http://dodis.ch/61211)).

Nach der Diskussion ging der Text zurück an das Aussendepartement mit der Auflage ihn bis im Sommer zu finalisieren. Aufgrund des Wechsels an der Spitze des EDA verzögerte sich die weitere Bearbeitung allerdings. An einer weiteren Klausursitzung Ende Oktober besprach die Landesregierung nochmals den Bericht zur Aussenpolitik, bevor sie ihn schliesslich am 29. November 1993 absegnete und veröffentlichte. Der neue Aussenminister Cotti bekräftigte den Anspruch, «d'ancrer la politique étrangère de la Suisse dans l'opinion publique du pays, afin qu'elle se sente engagée». Auch Volkswirtschaftsminister Delamuraz, dessen Departement an der Ausarbeitung des Entwurfs intensiv beteiligt war, unterstrich, dass im Gegensatz zu früheren Zeiten, als die aussenpolitischen Aktivitäten der Regierung kaum Widerhall in der Öffentlichkeit gefunden hätten, man sich nach der Debatte um den EWR-Vertrag «dans un tout autre climat» befände. Der Bundesrat entschied deshalb, die Auswirkungen der direkten Demokratie auf die aussenpolitische Entscheidungsfindung im Bericht deutlicher hervorzuheben. In

Berufung auf die Manifestation des Volkswillens vom 6. Dezember 1992 stürten sich die Regierungsmitglieder allerdings an einer fixen Terminierung des strategischen Ziels eines EG-Beitritts der Schweiz «noch in diesem Jahrhundert». Aussenminister Cotti willigte ein, bezüglich des Zeitplans «des *formules moins contraignantes*» zu suchen (Dok. 53, [dodis.ch/61212](http://dodis.ch/61212)).

Diskussionsgegenstand der ausserordentlichen Bundesratssitzung war auch der Bericht über die Neutralität, der als blosser Anhang zum aussenpolitischen Bericht konzipiert wurde. Im verabschiedeten Text sprach sich die Regierung dafür aus, eine «Strategie der Solidarität und Partizipation bei gleichzeitiger Fortführung von in der dauernden Neutralität verankerten eigenverantwortlichen Verteidigungsanstrengungen» zu verfolgen, welche am besten den legitimen Sicherheitsbedürfnissen eines Kleinstaates entspreche. «Sie widerspiegelt unseren Willen zur Selbstbestimmung, welcher gepaart ist mit der Einsicht in die Eingebundenheit in die gesamteuropäische Schicksalsgemeinschaft.» Ebenfalls an dieser Sitzung wurde ein gemeinsamer Antrag des EDA und des EMD betreffend die Stellung der Schweiz in der Europäischen Sicherheitsarchitektur erörtert. Eine vom Direktor der Politischen Direktion des EDA, Staatssekretär Jakob Kellenberger, geleitete Arbeitsgruppe stellte darin erhebliche Lücken im sicherheitspolitischen Instrumentarium der Schweiz fest. Sie plädierte deshalb einerseits dafür, das Engagement in der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) durch eine schweizerische Kandidatur für den KSZE-Vorsitz zu intensivieren. Weiter sei eine institutionelle Annäherung an die WEU, die NATO sowie an den Nordatlantischen Kooperationsrat anzustreben, was allerdings das Risiko berge, «dass dieser Schritt von Teilen der Bevölkerung als Aufgabe der Neutralität missverstanden werden könnte» (Dok. 43, [dodis.ch/62714](http://dodis.ch/62714)). Eine gerade zu diesem Zeitpunkt von den USA lancierte Initiative schien einen willkommenen Ausweg aus diesem Dilemma zu bieten: Die lockere «Partnerschaft für Frieden» sollte europäischen Staaten, die nicht der NATO angehörten, eine Möglichkeit bieten, mit dem Bündnis in Beziehung zu treten. Da die Initiative eigentlich für die Staaten Osteuropas konzipiert worden war, entschärfte *Partnership for Peace* allerlei neutralitätspolitische Bedenken und entsprach somit «ziemlich genau den Bedürfnissen der Schweiz nach einer sukzessiven Annäherung an ein Sicherheitsbündnis», für welche keine völkerrechtliche Vereinbarung erforderlich war. Sie ermöglichte die erwünschte «Schaffung eines lockeren partnerschaftlichen Rahmens für einen evolutionären Prozess in Richtung verteidigungs- und sicherheitspolitischer Zusammenarbeit» mit der NATO (Dok. 54, [dodis.ch/65281](http://dodis.ch/65281)).

Ein weiteres ausbaufähiges Instrument der Mitwirkung der Schweiz an kollektiven Sicherheitsstrukturen stellte die Beteiligung an den *Peacekeeping*-Aktionen der KSZE und der UNO dar. In der parlamentarischen Beratung des Bundesgesetzes über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen bemühte sich der Kommissionssprecher des Nationalrats darum, die Stellung von Blauhelmtuppen als konsequenten «Schritt auf der Linie, die der Bundesrat unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs mit Neutralität und Solidarität definiert hatte», darzustellen. Verteidigungsminister Villiger lobte die Vorlage als «Meilenstein» und «nötigen Schritt zur weiteren Dynamisierung unserer Sicherheitspolitik». Es sei «gerade in unserer turbulenten und ungewissen Zeit» wichtig, dass die Schweiz als Kleinstaat sich an der Friedensförderung in Europa und weltweit beteilige. «Auch wenn solche UNO-Einsätze unvollkommen sind, gibt

es keine Alternative dazu», mahnte Villiger vor der grossen Kammer: «Mängel an real existierenden Organisationen dürfen nicht zum Alibi für das Nichtmitmachen werden.» Das Parlament verabschiedete die Blauhelm-Vorlage mit nur 23 Gegenstimmen. Weil das Referendum ergriffen wurde, blieb allerdings die auf den 12. Juni 1994 festgelegte Volksabstimmung der eigentliche Prüfstein für das Vorhaben (Dok. 28, [dodis.ch/64768](https://www.dodis.ch/64768)), das dann vor dem Volk deutlich scheitern sollte. Friedenserhaltende Aktionen stellten auch anlässlich des erstmaligen Besuchs eines australischen Aussenministers in der Schweiz im September ein Gesprächsthema dar. Im Austausch mit Bundesrat Cotti wies Gareth Evans darauf hin, dass in Australien das *Peacekeeping* einen sehr hohen Stellenwert einnehme und nicht denselben Einschränkungen unterworfen sei wie in der Schweiz. Allgemein herrschte in Australien, das trotz intensiver Wirtschaftskontakte zur Schweiz aufgrund einer Fokussierung auf die EG seinen Botschafterposten in Bern einsparte, offenbar wenig Verständnis für das multilaterale Abseitsstehen des Landes. Jedenfalls fügte der Gast aus *Down Under* etwas undiplomatisch an, «qu'il est un peu incongru de voir Genève comme centre d'organisations internationales alors que la Suisse n'est pas membre des Nations Unies» (Dok. 44, [dodis.ch/58080](https://www.dodis.ch/58080)).

Neben dem angestrebten Ausbau der internationalen Friedensförderung sollte auch die Armee modernisiert werden, die grundsätzlich noch auf der Kalten-Kriegs-Konzeption der Truppenordnung 1961 fusste. Auch im Zuge des Reformprogramms «Armee 95» sollte der Erhalt der Verteidigungsfähigkeit den Hauptauftrag der Streitkräfte bilden. Bundesrat Villiger betonte vor dem Parlament, dass hierbei eine moderne Luftwaffe «das flexibelste, das mobilste, das dissuasivste Element» darstelle. Im Vorfeld der Abstimmung über die von «Armeeabschaffern» lancierte Volksinitiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» engagierte sich der Verteidigungsminister vehement gegen eine «Selbstentwaffnung in jenem Bereich, der in jedem modernen Konflikt von Anfang an eine entscheidende Rolle spielen würde». Die Initiative gegen die Beschaffung des Kampfflugzeugs F/A-18, die gemäss Villigers Votum vor dem Parlament «auch das Vertrauen des Auslandes in unsere politische Zuverlässigkeit und Stabilität» zu untergraben drohte, wurde am 6. Juni 1993 schliesslich von 57% der Stimmenden abgelehnt (Dok. 5, [dodis.ch/64483](https://www.dodis.ch/64483)).

### *Die Kriege in Jugoslawien und die Beziehungen zu Osteuropa*

Ein konkretes Anwendungsbeispiel für die neuen aussen-, neutralitäts- und sicherheitspolitischen Konzepte stellte die ungebremste Eskalation des Kriegs in Bosnien und Herzegowina dar. Durch die Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrats zur gewaltsamen Durchsetzung des Flugverbots über dem Kriegsgebiet Ende März musste die Schweiz damit rechnen, dass NATO-Mitglieder Gesuche um Überflugbewilligungen mit militärischer Zwecksetzung stellen würden. Im Falle einer Ausweitung des Konflikts waren sogar Gesuche um die Durchfuhr von Waffen und Truppen über das schweizerische Staatsgebiet zu befürchten. Trotzdem fiel am 12. Mai 1993 der Bundesrat den Grundsatzentscheid, dass die Unterstützung militärischer Zwangsmassnahmen oder humanitärer Interventionen, welche vom UNO-Sicherheitsrat autorisiert wurden, nicht mit dem Neutralitätsrecht im Widerspruch stünde und die Landesregierung in einer umfassenden Güterabwägung zwischen der Interessenwahrung und der Solidaritätspflichten der Schweiz einen Entscheid zu treffen habe. Anders als im Golfkrieg von 1990, als der Bun-

desrat zwar die UNO-Wirtschaftssanktionen mittrug, jedoch keine militärischen Überflüge erlaubte, stellte die Landesregierung nun fest, dass «grundsätzlich die Nichtbehinderung der Staaten, die gestützt auf entsprechende UNO-Resolutionen die Sanktionen durchführen, im schweizerischen Interesse» liege, ja, «sich aus Gründen der Solidarität, der Humanität und des internationalen Friedens» aufdränge. Tatsächlich bewilligte der Bundesrat im Dezember 1993 erstmals ein konkretes Gesuch um den Überflug von Aufklärungsflugzeugen der NATO über schweizerisches Territorium (Dok. 20, [dodis.ch/65276](http://dodis.ch/65276)). Unter dem Eindruck der drastischen Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte in Bosnien, insbesondere der «barbarischen Folterungen und Vergewaltigungen, bei denen es sich um besonders schwere Verletzungen der Menschenwürde» handle und die in der Schweizer Öffentlichkeit grosse Betroffenheit hervorriefen, unterstützte die Schweizer Diplomatie die Schaffung eines internationalen Kriegsverbrechertribunals für Ex-Jugoslawien. In einer Standardantwort des EDA auf Briefe aus der Bevölkerung wurde ausgeführt, seit Beginn der Auseinandersetzungen stelle das Engagement des Bundesrats «die Linderung des Loses der direkt Betroffenen in den Vordergrund». Die Mitarbeit bei der UNO-Friedenstruppe wurde durch die Entsendung von schweizerischen Polizeibeobachtern nach Mazedonien moderat und vorsichtig ausgebaut (Dok. 46, [dodis.ch/65096](http://dodis.ch/65096)).

Die Beziehungen zu den übrigen Staaten Osteuropas erfuhren auch 1993 eine bemerkenswerte Intensivierung. Attraktiv erschien vielen Transitionsländern eine Annäherung an die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA). In Zeiten, in denen mit Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen die wichtigsten Partnerländer der Schweiz einen raschen Beitritt zur EG anstrebten, hätte dies in den Augen einiger Diplomaten eine Wiederbelebung der EFTA bedeuten können. Allerdings drohte die Freihandelsassoziation so zu einem blossen Sprungbrett für die EG-Mitgliedschaft zu werden. Es liege keinesfalls im Interesse der Schweiz, «de prendre la tête du <tiers-monde européen>», bemerkte dazu salopp der schweizerische Vertreter bei der EFTA (Dok. 23, [dodis.ch/64498](http://dodis.ch/64498)). Das wichtigste Instrument der schweizerischen Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas war der vom Parlament schon 1990 verabschiedete und 1991 aufgestockte Rahmenkredit zur Unterstützung der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Entwicklung dieser Länder, welcher 1993 auf die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ausgedehnt wurde. Im Zuge seiner zahlreichen Auslandsreisen nach dem Amtsantritt als Aussenminister besuchte Bundesrat Cotti Ende Oktober Rumänien und Bulgarien. Er besichtigte dabei ein durch die Osthilfe finanziertes Landwirtschaftsprojekt in Siebenbürgen und stellte kritisch fest, dass die Behörden die ungarische Beschriftung des Bürgermeisteramts der Gemeinde verboten hatten, obwohl das Dorf zu 90% von Ungarisch sprechenden Menschen bewohnt würde. Nicht nur bezüglich der Minderheitenpolitik erhielt Cotti im Austausch mit Oppositionellen ein eher desolates Bild von der rumänischen Politik und Wirtschaft: «le pays est entre les mains d'une oligarchie ex-communiste qui, disposant seule de moyens financiers au moment du changement de régime, a gardé le pouvoir économique et s'emploie à conserver ses privilèges» (Dok. 52, [dodis.ch/64159](http://dodis.ch/64159)).

Vermehrt gerieten die sowjetischen Nachfolgestaaten in den Fokus der Schweiz. So besuchte mit EVD-Vorsteher Delamuraz Ende Mai erstmals ein Bundesrat die Republik Belarus. Der Besucher attestierte Staatsoberhaupt Stanislaw Schuschkewitsch und Ministerpräsident Wjatschaslaw Kebitsch allen Herausfor-

derungen zum Trotz den festen Willen zu politischen und wirtschaftlichen Reformen: «L'intensité de leur engagement et leur réelle volonté de coopération avec des pays comme le nôtre me laisse croire qu'un retour, sous une forme ou une autre, à l'ancien régime, n'est plus possible», so Delamuraz. Voller Optimismus plädierte er für eine Intensivierung der schweizerischen Beziehungen zu Staaten wie Belarus, die eine Brückenfunktion zwischen West und Ost erfüllen würden (Dok. 27, [dodis.ch/64516](https://dodis.ch/64516)). Die Vergabe von Osthilfe-Krediten war an eine Reihe von Bedingungen wie Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Menschenrechte, politischer Pluralismus und marktwirtschaftliche Reformen geknüpft, welche die begünstigten Staaten zu erfüllen hatten. Dabei galten für alle Länder – von Tschechien bis Tadschikistan – dieselben Kriterien. Im Dezember 1993 stellte das EDA fest, dass die Mehrzahl der sowjetischen Nachfolgestaaten diese Konditionalität nicht erfüllten. Die Ansprüche bezüglich der GUS-Hilfe stünden im offenkundigen Widerspruch zu den Realitäten vor Ort. Das Aussendepartement plädierte deshalb dafür, dass bei Zweifeln bezüglich der Erfüllung der Kriterien nicht die strikte Konditionalität, sondern «das umfassende schweizerische Interesse an einer Hilfe zugunsten des betreffenden Landes massgebend» sein sollte, wobei auch wirtschaftliche und sicherheitspolitische Aspekte berücksichtigt werden sollten. Das EDA wollte deshalb Russland, die Ukraine, Belarus, Kasachstan und Usbekistan als Empfängerstaaten vorsehen. Auf Druck des EVD und des EFD wurden ebenfalls Kirgisistan und Turkmenistan in den Kreis aufgenommen (Dok. 59, [dodis.ch/64511](https://dodis.ch/64511)).

Die Berücksichtigung der zentralasiatischen Staaten bei der Osthilfe war vornehmlich «Helvetistan» geschuldet. Dies war der Übername der überraschend zustande gekommenen Stimmrechtsgruppe, an deren Spitze die Schweiz im Herbst 1992 – gegen den Widerstand der USA – in die Exekutivräte des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank eingezogen war. Ihr gehörten neben Polen Aserbaidschan sowie die zentralasiatischen Staaten Kirgisistan, Turkmenistan und Usbekistan an. Im April 1993 besuchte EFD-Vorsteher Stich gemeinsam mit Vertretern von Industrie und Banken sowie einer stattlichen Schar von Medienleuten die neuen «Helvetistan»-Partnerländer, um diese «besser kennenzulernen, Vertrauen zu schaffen und die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Beziehungen auszuloten». Dem ärmeren Kirgisistan, das mit seinem Reformprogramm am weitesten fortgeschritten schien, wurde Finanzhilfe zugesichert. Mit der usbekischen Regierung konnten bereits Abkommen zu Handel, Kooperation sowie zur Förderung und dem Schutz von Investitionen abgeschlossen werden. Saparmurat Nijasow, der Präsident des erdgasreichen Turkmenistan, das als künftiges «asiatisches Kuwait» gehandelt wurde, betonte im Stil eines «morgenländischen Potentaten» mehrmals, «dass in seinem Land die Regeln der Demokratie und die Menschenrechte volle Beachtung fänden». In einem Kommentar bezweifelte der Berichterstatter des EDA solche Aussagen. Von einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung seien zumindest Usbekistan und Turkmenistan «meilenweit entfernt». Mit dem Lead in der Helvetistan-Gruppe habe die Schweiz deshalb «keine leichte Aufgabe übernommen» (Dok. 15, [dodis.ch/56844](https://dodis.ch/56844)). Bald schon zeigten sich Schattenseiten der Beziehungen zum postsowjetischen Raum: «In letzter Zeit mehren sich Anzeichen über zweifelhafte Geschäfte von Angehörigen der Staaten der Ex-UdSSR», eröffnete im September EDA-Staatssekretär Kellenberger ein Schreiben an das EJPD, «namentlich mit der

Schweiz». Von grosser politischer Brisanz waren die medial aufgeladenen Vorwürfe der russischen Opposition über Korruption und illegale Geldtransfers, die Präsident Boris Jelzin und seine Reformpolitik zu desavouieren drohten – und deren Spuren in die Schweiz führten. Es hätte schwerwiegende ausserpolitische Konsequenzen, mahnte Kellenberger, «wenn sich tatsächlich herausstellen sollte, dass die Schweiz zu einer Art Drehscheibe für jede Art von Geschäften geworden ist, mit denen sich Angehörige dieser Staaten auf unrechtmässige Weise bereichern». Es bestünde ein vitales Interesse, dass die «russische Mafia» in der Schweiz nicht Fuss zu fassen vermöge (Dok. 42, [dodis.ch/61104](http://dodis.ch/61104)).

Im November 1993 besuchte mit Pawel Gratschow erstmals ein russischer Verteidigungsminister die Schweiz. Der General hatte Präsident Jelzin in dessen Machtkampf mit dem Obersten Sowjet unterstützt. Im relativ offenen Gespräch über sicherheitspolitische Fragen mit seinem schweizerischen Konterpart legte der Russe «verschiedentlich Wert darauf, eine Übereinstimmung der Haltungen beider Länder festzustellen, so dass es notwendig war, gewisse Unterschiede in der Auffassung explizit hervorzuheben», wie Bundesrat Villiger festhielt. Die dezidierte Differenzierung betraf vornehmlich die Auffassung des *Peacekeeping* bzw. den «Einsatz militärischer Gewalt im <grenznahen Ausland> zur <Prävention> von Konflikten». Hierzu betonte Villiger nachdrücklich, dass für die Schweiz ein Truppendeinsatz nur in Frage komme, wenn er einwandfrei durch ein Mandat der UNO oder der KSZE legitimiert sei. Gratschow zeigte sich dagegen «selbstbewusst und von der Weltmachtrolle Russlands überzeugt» und seine Ausführungen liessen «wenig Zweifel offen, dass Russland nach wie vor an einer Stabilisierungspolitik mit hegemonialem Hintergrund festhält und diese wenn möglich als Friedenssicherung erscheinen lassen möchte» (Dok. 56, [dodis.ch/61424](http://dodis.ch/61424)).

#### *Verhandlungen über bilaterale sektorielle Abkommen mit der EG/EU*

Wie sollte es nun weitergehen mit der Schweiz und Europa? Die Abstimmungsniederlage für Bundesrat und Parlament vom 6. Dezember 1992 bildete Gegenstand diverser Analysen. So erkundigte sich die Geschäftsprüfungskommission des Ständerats nach der Informationsarbeit zum EWR, die vom Integrationsbüro EDA/EVD im Vorfeld der Abstimmung ausgeführt worden war. Das Integrationsbüro räumte ein, dass die als Vorbereitung gedachte Aufklärungsarbeit in der kurzen Zeit nur unzureichend von der eigentlichen Abstimmungskampagne habe getrennt werden können. Deshalb habe sie «seitens der Gegner von Beginn weg den Stempel der Propaganda» getragen, «ohne dass je propagandistische Mittel eingesetzt wurden». Insgesamt betrachtete das Integrationsbüro seine Informationsleistung jedoch «innerhalb des rechtlich und politisch vorgegebenen Rahmens als gelungen» (Dok. 16, [dodis.ch/64861](http://dodis.ch/64861)). Derweil vermeldeten erste Akteure bereits negative Auswirkungen der Nicht-Teilnahme am EWR. So etwa der Verwaltungsratspräsident der Swissair, der über das Projekt Alcazar, das eine Fusion mit österreichischen, niederländischen und skandinavischen Airlines vorsah, persönlich an einer Bundesratssitzung referieren und auf die Fragen der Regierungsmitglieder eingehen durfte. Für den Vertreter der nationalen Fluggesellschaft war dies ein aussergewöhnliches Privileg und entsprach dem Willen Bundespräsident Ogis, vermehrt Externe zu Bundesratssitzungen einzuladen. Der Verwaltungsratspräsident legte dar, dass aufgrund des EWR-Neins der wirtschaftliche Druck auf die Swissair steige und nur eine genügend grosse Fluggesellschaft mit einem Potenzial

von mindestens 35 Millionen Passagieren überleben könne. Der Bundesrat beurteilte das Kooperationsprojekt, das schliesslich nicht zustande kam, kritisch. Er folgte jedoch dem Vorschlag von Verkehrsminister Ogi, der mit «dem Herzen und dem Bauch» lieber Nein sagen würde, «mit dem Kopf» aber «trotz allergrössten Bedenken zustimmen» müsse (Dok. 37, [dodis.ch/64025](https://www.dodis.ch/64025)). Sehr konkrete Auswirkungen hatte der 6. Dezember auch auf das enge bilaterale Vertragsverhältnis mit Liechtenstein, welches, im Gegensatz zur Schweiz, dem EWR beitreten wollte. Mit gemeinsamen «Lösungsplattformen» wollte die Regierung ausarbeiten, welche Konsequenzen sich daraus für die Beziehungen zum benachbarten Fürstentum ergaben (Dok. 58, [dodis.ch/63980](https://www.dodis.ch/63980)).

Im Nachgang des EWR-Neins lag das Hauptziel des Bundesrats in der Aufnahme bilateraler Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft. Dabei war es ihm ein zentrales Anliegen, dass das bereits erfolgreich ausgehandelte Transitabkommen von der EG nicht in Frage gestellt wurde und generell die verschiedenen Verhandlungsgegenstände, die von der Schweiz und der EG zum Teil unterschiedlich gewichtet wurden, nicht miteinander verknüpft wurden. Die Landesregierung lancierte zu diesem Zweck eine nie gesehene diplomatische Charmeoffensive mit Empfängen europäischer Staats- und Regierungschefs in der Schweiz sowie zahlreichen Besuchen in den europäischen Hauptstädten. Eine erste willkommene Gelegenheit bot bereits Ende Januar das Weltwirtschaftsforum in Davos. Bundespräsident Ogi nutzte seinen Aufenthalt am WEF, um gegenüber den vielen hochrangigen Gästen die Stellung der Schweiz nach dem 6. Dezember 1992 zu erörtern. Während die Vertreter der Niederlande, Finnlands, Schwedens, Grossbritanniens und Frankreichs sowie der neue EG-Erweiterungskommissar Hans van den Broek viel Verständnis aufbrachten, unterstrich Portugals Premierminister Aníbal Cavaco Silva, dass das enttäuschende EWR-Nein «die südlichen EG-Staaten mehr treffe als die Mitglieder des Nordens» und gab der Erwartung Ausdruck, dass die Schweiz «einige Gesten» im Bereich des Familiennachzugs von Gastarbeitern und der Kohäsion machen könnte (Dok. 1, [dodis.ch/62483](https://www.dodis.ch/62483)). Gleich im Anschluss an das WEF eröffnete Anfang Februar der Direktor des Bundesamts für Aussenwirtschaft, Staatssekretär Franz Blankart, den Reigen der Auslandsreisen mit einem Besuch bei der dänischen EG-Präsidentschaft. Dänemark hatte sich im Juni 1992 seinerseits mit der Ablehnung des Maastrichter Vertrags in einer Volksabstimmung in eine vorteilhafte Verhandlungsposition gegenüber der EG manövriert, «car les Onze avaient un intérêt à les avoir à bord». Nach eigenem Vorbild drängte Kopenhagen auf eine Wiederholung des Referendums in der Schweiz. Eine kurzfristige Abstimmungswiederholung widersprach aber der politischen Kultur der Schweiz und erschien höchst inopportun. Diese fehlende Manövrierfähigkeit nach dem EWR-Nein brachte das Land in die schwierige Verhandlungsposition einer Bittstellerin: «Ainsi, les États membres commencent à réfléchir sur les contre-concessions à demander à la Suisse pour tout accord bilatéral», mahnte Blankart. Forderungen meldeten hauptsächlich die südlichen Mitgliedstaaten, aber auch Dänemark selbst und die EG-Kommission an (Dok. 2, [dodis.ch/64598](https://www.dodis.ch/64598)).

Als Bundesrat Flavio Cotti am 1. April 1993 die Leitung des EDA übernahm, legten ihm seine Beamtinnen und Beamten ein umfangreiches Übergabedossier mit den wichtigsten Informationen zu den verschiedenen Abteilungen seines neuen Departements – etwa der thematisch vielseitigen Direktion für internationale

Organisationen – und deren laufenden Geschäften vor (Dok. 9, [dodis.ch/64055](http://dodis.ch/64055)). Das Integrationsbüro des EDA/EVD unterbreitete Cotti am Tag des Amtsantritts eine «Analyse de la situation et politique du Conseil fédéral après le 6 décembre», wie sie die Regierung in ihren Beschlüssen im Februar festgehalten hatte. Hauptaufgabe der Aussenpolitik war demgemäss klar «éviter l'isolement». «Le Conseil fédéral entreprend actuellement tout ce qui est en son pouvoir pour rendre possible le développement de négociations bilatérales avec la CE et les autres États de l'EEE; et, simultanément, pour maintenir ouverte la possibilité d'une adhésion ultérieure à l'Accord EEE», so wurde die Strategie umrissen. «Par ailleurs, l'option d'une adhésion à la CE reste toujours valable.» Dabei wurde nicht verschwiegen, dass sich der Souverän mit den bilateralen Verhandlungen für die schwierigste aller Optionen entschieden habe (Dok. 10, [dodis.ch/64545](http://dodis.ch/64545)). Hier galt es nun, auf verschiedenen Gebieten Gespräche aufzugleisen. Bereits als Vorsteher des EDI hatte Bundesrat Cotti sich mit seinem Staatssekretär Heinrich Ursprung, dem Direktor des Bundesamts für Wissenschaft und Forschung, bemüht, auf Basis des Forschungsrahmenabkommens mit der EG von 1986 die Kontinuität der schweizerischen Beteiligung an den europäischen Programmen sicherzustellen. Ende April unterstrich die neue EDI-Vorsteherin, Bundesrätin Dreifuss, in einem Schreiben an die europäischen Wissenschaftsminister den Wunsch der Schweiz, rasch eine entsprechende Vereinbarung anzubahnen, denn «la piena e completa partecipazione ai programmi di ricerca della CE è uno scopo di prima priorità della politica di ricerca della Confederazione» (Dok. 18, [dodis.ch/65115](http://dodis.ch/65115)).

Zwischen April und Juni unternahm Aussenminister Cotti die traditionellen Antrittsbesuche bei seinen Amtskollegen in den Nachbarländern. Nach den Stationen in Wien und Paris und vor der Visite in Bonn traf Cotti in Rom mit dem italienischen Aussenminister Beniamino Andreatta zusammen, um die Situation im ehemaligen Jugoslawien, die sicherheitspolitische Lage auf dem Kontinent sowie natürlich die europäische Integration zu besprechen. Obwohl das EWR-Nein in Italien Befürchtungen bezüglich der Behandlung der Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie der Migrationsgemeinde in der Schweiz hervorrief, versicherten sich die beiden italienischsprachigen Aussenminister einer allgemeinen und kulturellen Nähe der beiden Nachbarstaaten (Dok. 30, [dodis.ch/62434](http://dodis.ch/62434)). Der wichtigste Auslandsbesuch der beiden federführenden Bundesräte, Wirtschaftsminister Delamuraz und Aussenminister Cotti, stellte die Visite bei der EG-Kommission unter Präsident Jacques Delors in Brüssel dar. Deutlich deponierten sie die Haltung der Regierung: «La délégation a relevé que l'approche bilatérale était insuffisante et provisoire et que la finalité de la politique du Conseil fédéral demeurait l'adhésion à la CE, éventuellement via l'EEE.» Dieses wiederholte Bekenntnis zu einer politischen Integration verknüpfte die Delegation mit der Forderung nach weitgehenden Zugeständnissen der EG gegenüber der Schweiz: «Elle a souligné avec insistance que pour parvenir à cette dernière solution, il importait que la CE donne à la population suisse une image conciliante d'elle-même, en acceptant de conclure des accords bilatéraux sectoriels.» Damit also ein EWR- oder vorzugsweise ein EG-Beitritt des Landes künftig mehrheitsfähig würde, so das Kernelement der bundesrätlichen Argumentationslinie, bedürfe es eines sichtbaren Entgegenkommens der Mitgliedstaaten bezüglich des zwar schlechtesten, aber nach dem Volksverdikt des 6. Dezembers einzigen zu-

nächst gangbaren Wegs sektorieller bilateraler Verhandlungen mit der Schweiz (Dok. 32, [dodis.ch/64936](http://dodis.ch/64936)).

Der erste von einer rekordhohen Zahl an Empfängen europäischer Spitzenpolitiker in Bern galt dem britischen Premierminister John Major, den Bundespräsident Ogi sowie die Bundesräte Delamuraz und Cotti Anfang April zu einem Arbeitsbesuch begrüßten. «Ogi warb um Verständnis für die Schweiz, welche sich alle Optionen offenhalten will, ihr Beitrittsgesuch nicht zurückzieht, dem EWR-Vertrag vielleicht später beitrifft und einstweilen mit der EG auf bilateralem Wege Interessengebiete wie Luftfahrt, Strassenverkehr und Forschung vertraglich zu regeln sucht.» Gemäss Delamuraz und Cotti sollte in den bilateralen Verhandlungen «der Schweizer Öffentlichkeit augenfällig gemacht werden, dass die EG nicht ein zentralistischer Moloch, sondern ein Partner» der Schweiz sei. Major betonte in seiner Replik, wie den Schweizern liege den Briten ein dezentralisiertes Europa am Herzen. Er unterstrich aber auch «seine Überzeugung von einem Katalog von Brüsseler Zuständigkeiten» (Dok. 11, [dodis.ch/62495](http://dodis.ch/62495)). Anfang Juni wurde Infrastrukturminister Ogi die Ehre zuteil, im Anschluss an eine Ministerkonferenz der Internationalen Energieagentur in Paris als Bundespräsident im Elysée-Palast empfangen zu werden. Der französische Präsident François Mitterrand betonte abermals sein Verständnis für den Ausgang des EWR-Referendums und betonte, die Schweiz dürfe dafür nicht bestraft werden. Dennoch drohe dem Land eine Isolierung, «sans que personne ne lui veuille du mal». Mitterrand erklärte sich auch zu einem Besuch in der Schweiz bereit, «dont le niveau d'officialité et le <flon-flon> seraient réduits au minimum». Schliesslich konnte Bundespräsident Ogi den französischen Präsidenten am 3. Dezember 1993 in seiner Heimat im Berner Oberland empfangen (Dok. 29, [dodis.ch/64150](http://dodis.ch/64150)). Zusammen mit dem Besuch von Bundeskanzler Kohl gelang es der Landesregierung also sich mit den führenden Politikern der drei bedeutendsten Mitgliedstaaten über das zentrale Desiderat der Aufnahme bilateraler Verhandlungen mit der EU auszutauschen. Ein Besuch des britischen Premiers, des deutschen Kanzlers und des französischen Präsidenten in Bern innert weniger Monate – so etwas hatte es bis anhin nicht gegeben.

Wohl auch aufgrund dieser gelungenen *offensive de charme* sei «in Brüssel gewissermassen ein Tauwetter entstanden, das wir vorher kaum erwartet hätten», wie Bundesrat Cotti vor der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats (APK-S) ausführte, um sogleich einzuschränken: «Dieses Tauwetter bedeutet noch nicht viel, und wir wissen, dass innerhalb der EU schon diese formelle Lockerung sehr intensive Diskussionen hervorgerufen hat. Dabei haben sich gute Anwälte, wenn nicht gar Freunde, für die Schweiz eingesetzt.» So signalisierte am 9. November 1993 der Rat der EU-Aussenminister die Bereitschaft der Gemeinschaft, mit der Schweiz in sektorielle bilaterale Verhandlungen einzutreten. Dies bedeutete insofern eine Entlastung, als dass Brüssel auf eine enge Interessenverknüpfung der verschiedenen Gegenstände verzichtete und demnach die Verhandlungen zu sektoriellen Bereichen beginnen konnten. Wie ein sozialdemokratischer Ständerat in der APK-Debatte schmerzlich bemerkte, sei es die «Gegenseite», die Gegner des EWR-Vertrags, die Grund zu Triumphgefühl über diesen hoffnungsvollen Verhandlungserfolg hätten: «Es war Blocher, der gesagt hat, die EG würde mit uns dann schon verhandeln, und der jetzt recht bekommt.» Ein Ratskollege von der CVP erachtete dagegen die gegenwärtige Lage als folgerichtige Entwicklung hin zum avisierten EU-Beitritt. Bundesrat Delamuraz unterstrich, dass die

Forderungen der EU nach einer Übernahme des *Acquis communautaire*, «cet institutionnel qui a fait si mal dans la discussion du 6 décembre», keinesfalls ausgeräumt seien und die institutionellen Konsequenzen für die Schweiz Gegenstand harter Verhandlungen sein würden. Der Chef des Integrationsbüros bemerkte an der Sitzung, der «politische Zapfen, der auf der Flasche Schweiz steckte», sei nun herausgespickt. «Das Problem ist, dass wir dort, wo das EU-Recht auf die Schweiz ausgedehnt werden soll, immer wieder an diese Linie stossen, bei der es keine Verhandlungsflexibilität mehr gibt», gab der führende Beamte zu bedenken. «Man kann nicht ein bisschen mehr oder ein bisschen weniger fremde Richter haben» (Dok. 57, [dodis.ch/65349](http://dodis.ch/65349)).

Auch nach dem Grundsatzentscheid des Ministerrats blieb aber das Problem bestehen, dass einige südliche EU-Staaten die schwache Verhandlungsposition der Schweiz nutzen wollten, um in bilateralen Streitfragen Bern Konzessionen abzurufen. So musste die Schweiz gegen Ende Jahr in den als «Altlasten» bezeichneten spanischen Agrarexportbegehren bezüglich Käse, Fleisch und Alkoholika Entgegenkommen zeigen und willigte ein, in Gespräche über eine Besserstellung der spanischen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in der Schweiz einzutreten. In der Folge begab sich Mitte Dezember Bundespräsident Ogi nach Madrid, um auf höchster Ebene mit dem «härtesten Verhandlungspartner innerhalb der EU in der Frage der Verabschiedung bilateraler Verhandlungsmandate» einen Neubeginn der bilateralen Beziehungen einzuläuten (Dok. 61, [dodis.ch/64162](http://dodis.ch/64162)). Auch Lissabon nutzte die europapolitischen Anliegen Berns als Hebel in bilateralen Streitfragen. Dies zeigte die Affäre um die Entsorgung von einigen tausend Tonnen Salzschlacke, die ein schweizerisches Unternehmen nach Portugal exportiert hatte. Der leitende Beamte des EDA anerkannte zwar, dass die Ausfuhr von Industrieabfällen ein problematisches Geschäft darstelle. «Ein solches Problem jedoch ins Zentrum bilateraler Beziehungen mit einem anderen, angeblich befreundeten westeuropäischen Staat zu rücken und es – unter Hinweis auf die integrationspolitischen Anliegen der Schweiz – mit einem der Erpressung nahen Ansatz lösen zu wollen, verrät einen schlechten Stil und einen Verlust an Augenmass» (Dok. 62, [dodis.ch/65772](http://dodis.ch/65772)).

### *Wirtschaftsbeziehungen zu Asien und Afrika*

Nicht nur wegen der komplexen und von grossen Ungewissheiten geprägten integrationspolitischen Position der Schweiz in Europa, sondern auch angesichts der stagnierenden Konjunktur der Weltwirtschaft legte die Aussenwirtschaftspolitik zusätzliches Gewicht auf die Kontakte zu aussereuropäischen Ländern. An erster Stelle stand die Region Südostasien, «qui, aujourd'hui, se trouve être la seule à donner une impulsion de croissance à l'économie mondiale». Nachdem Bundesrat Delamuraz 1991 Südkorea und Singapur besucht hatte, führte er im Oktober 1993 eine grosse Delegation aus hochrangigen Behörden- und Wirtschaftsvertretern nach Malaysia und Thailand. Wer sich dem harten Wettbewerb der sich rasch entwickelnden «Tigerstaaten» stelle, könne sicher sein «d'être à la pointe de l'innovation et de la compétitivité dans le reste du monde». Delamuraz schwärmte von der «émergence technologique, économique, politique irrésistible d'une région» und explizit vom «formidable dynamisme» der beiden besuchten Länder. In Thailand, dem bedeutendsten Handelspartner der Schweiz innerhalb des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und dem Land mit dem höchsten

Wirtschaftswachstum der Welt, wurde der Bundesrat – als besonderer Gunstbeweis – von König Bhumibol Adulyadej empfangen, der lange in Lausanne gelebt und studiert hatte. In den höchsten Tönen lobte Delamuraz auch die Bedingungen für schweizerische Investitionen in Malaysia, ein Land, welches ihn «de par son libre-échange, sa propriété et l'organisation rigoureuse de la vie économique» an die Schweiz gemahnte. Einziger Streitpunkt mit Malaysia stellte die in den eidgenössischen Räten laufende Debatte über ein Importverbot für Tropenholz dar. In Kuala Lumpur drohten Delamuraz' Gesprächspartner offen mit Retorsionen der ASEAN-Staaten, falls die Schweiz derart «diskriminierende Massnahmen» ergreifen sollte (Dok. 49, [dodis.ch/64330](http://dodis.ch/64330)).

Spiritus Rector der parlamentarischen Vorstösse war der Basler Ethnologe und Umweltaktivist Bruno Manser, der im Frühjahr mit einem mehrwöchigen Hungerstreik vor dem Bundeshaus gegen die prekäre Menschenrechtslage der Bevölkerung und gegen die Abholzung des Regenwalds im malaysischen Sarawak protestiert hatte. Nachdem die designierte Umweltministerin Dreifuss auf dem Bundesplatz an Mansers Seite Pullover strickend öffentlichkeitswirksam ihre Solidarität bekundet hatte, empfing Bundesrat Delamuraz den Aktivisten kurz darauf im Bundeshaus Ost zum Gespräch. «Notre objectif est identique», versicherte der Wirtschaftsminister Manser: «Il faut contribuer par tous les moyens possibles à résoudre ce problème caractérisé par une inégalité intolérable, formidable et qui s'accroît.» Delamuraz stellte die Einführung eines freiwilligen Labels für Holz aus nachhaltiger Nutzung in Aussicht, lehnte jedoch eine Deklarationspflicht ab (Dok. 7, [dodis.ch/64782](http://dodis.ch/64782)).

Im Jahr 1992 hatte Volkswirtschaftsminister Delamuraz – im Nachgang zum Besuch von Ministerpräsident Li Peng in Bern – mit einer grossen Delegation China besucht. Die Beziehungen zur Volksrepublik standen auch unter dem Vorzeichen des schweizerischen Engagements für Tibet. Anlässlich der Jubiläumsfeier des Tibet-Instituts im zürcherischen Rikon traf ein Diplomat des EDA mit dem Dalai Lama zusammen, der zwei Jahre zuvor erstmals von einem Mitglied des Bundesrats in Bern empfangen worden war. Das geistige Oberhaupt der Tibeterinnen und Tibeter erörterte gegenüber dem für den Menschenrechtsdialog mit Beijing zuständigen Beamten die Notwendigkeit, die Haftbedingungen für politische Gefangene in China zu verbessern. Der Dalai Lama beklagte ferner die Sinisierungspolitik gegenüber Tibet und betonte, «das Wichtigste für ihn sei die Erhaltung des kulturellen Erbes der Tibeter» und nicht das «Streben nach Unabhängigkeit» (Dok. 39, [dodis.ch/65253](http://dodis.ch/65253)).

Während Bundesrat Delamuraz sich dem Südosten Asiens zuwandte, bewirtschaftete der Staatssekretär seines Departements mit Besuchen in Pakistan im Frühjahr und im Iran im Herbst die Beziehungen zu zwei bedeutenden Regionalmächten im Süden und Westen des Grosskontinents. In Islamabad, Lahore und Karatschi unterhielt sich Franz Blankart mit hochrangigen Regierungsvertretern sowie Geschäftsleuten über bilaterale Handelsbeziehungen, über die Investitionsbedingungen, Mischkredite sowie die Entwicklungszusammenarbeit in Pakistan. Er ermunterte zudem die Verantwortlichen in Islamabad, die UNO-Frauenrechtskonvention zu ratifizieren und sprach die Verbreitung von Kinderarbeit sowie die Bärenschaukämpfe an, die sich auf das Image des Landes in der Schweiz negativ auswirkten (Dok. 24, [dodis.ch/64319](http://dodis.ch/64319)). Staatssekretär Blankarts Besuch in Teheran erfüllte den Zweck, «die in der Vergangenheit etwas getrüben

schweizerisch-persischen Beziehungen wieder zu normalisieren, dies nicht zuletzt mit Blick auf unsere Wirtschaftsinteressen.» Neben den durch eine Liquiditätskrise bedingten Zahlungsausständen und den Problemen einzelner Firmen im Geschäftsverkehr sprach der Wirtschaftsdiplomate gegenüber den Technokraten des Mullah-Regimes ebenfalls die Menschenrechtsverletzungen im Land an, wobei er insbesondere die Benachteiligung der iranischen Frauen als «skandalös» empfand. «In massloser Überinterpretation des Korans und um die angebliche Lüsternheit der Männer nicht anzuheizen, haben sich diese zu kleiden wie Nonnen an einem Begräbnis, was die Geburtenquote übrigens keineswegs gesenkt hat; im Gegenteil», notierte Blankart in seinem Bericht empört. Sarkastisch bemerkte er, es lasse sich «füglich fragen, ob es nicht angemessener wäre, den Männern die Augen zu verbinden» (Dok. 38, [dodis.ch/62522](http://dodis.ch/62522)).

Auch der für Schwellenländer zuständige Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge führte im Frühjahr eine ebenfalls aus Behörden- und Wirtschaftsvertretern zusammengesetzte Wirtschaftsdelegation nach Marokko an. Im Zuge einer vorsichtigen Demokratisierung suchte der Maghrebstaat vermehrt die Nähe zu europäischen Partnern und hatte eben mit der EG Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen lanciert. Auch von der Schweiz, mit der anlässlich des Besuchs ein Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet wurde, erhoffte man sich in Rabat eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen, vermehrte Investitionen und den Transfer von Technologie (Dok. 17, [dodis.ch/64610](http://dodis.ch/64610)). Bereits länger ein heikler Gegenstand der Schweizer Exportwirtschaft war die Ausfuhr von Trainingsflugzeugen der Pilatus Flugzeugwerke in Stans, bzw. deren Umrüstung zu Kriegsmaterial. Als der Verwaltungsratspräsident der Firma, sekundiert von Vertretern des Kantons Nidwalden, bezüglich einer Exportbewilligung für Maschinen des Typus PC-7 nach Südafrika und PC-9 nach Südkorea beim Vorsteher des EVD vorsprach, warf Bundesrat Delamuraz den Besuchern vor, «dass die Probleme, über die heute diskutiert würde, durch unseriöse Praktiken der Pilatus in der Vergangenheit hervorgerufen worden seien». Er sei in seiner früheren Funktion als Chef des EMD «systematisch angelogen» und «der Lächerlichkeit preisgegeben» worden. Es müsse «durch technische Anpassungen ein möglichst unprovokatives Flugzeug» nach Südafrika exportiert werden; nur wenn eine nachträgliche Bewaffnung ausgeschlossen werden könne, habe der Bundesrat ein gutes Gewissen. Die Gegenseite beteuerte, «die Pilatus wolle vom früheren Katz und Maus Spiel abkommen» (Dok. 21, [dodis.ch/64743](http://dodis.ch/64743)).

Vor Beginn des Vernehmlassungsverfahrens über einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr suchte auch die Oerlikon-Contraves AG das Gespräch mit den Behörden. Die Unternehmer fürchteten, der geplante Gegenvorschlag des Bundesrats hätte durch die «enorme Ausweitung des Kriegsmaterialbegriffes auf einen Grossteil sämtlicher in der Schweiz produzierter Exportgüter» für den Konzern «katastrophale Folgen». Für eine finanzielle Entschädigung der Rüstungsindustrie im Fall einer Annahme des Gegenvorschlags seitens des Bundes bestünde gemäss EMD jedoch keine Grundlage: «Schliesslich sei das Absinth-Verbot seinerzeit auch in die Verfassung aufgenommen worden, ohne dass die betroffenen Distilleriebesitzer entschädigt worden seien» (Dok. 34, [dodis.ch/65382](http://dodis.ch/65382)). Im Vergleich zur Bekämpfung der *fée verte* um die Jahrhundertwende erwies sich die Unterbindung des weltweiten Handels mit Heroin und Kokain zu Beginn der 1990er Jahre als Herkulesaufgabe, die vornehmlich

auf internationaler Ebene angegangen werden musste. Als Massnahme im Kampf gegen den illegalen Betäubungsmittelhandel beschloss der Bundesrat auf Antrag des EJPD die Entsendung von Polizeiverbindungsbeamten als Anti-Drogen-Attachés ins Ausland: in einem ersten Schritt nach Washington und zum Generalsekretariat von Interpol in Lyon; in einem weiteren Schritt an schweizerische Botschaften in Lateinamerika und Spanien («einer der wichtigsten Brückenköpfe für die südamerikanischen Kartelle in Europa»), in die Türkei, nach Tschechien und Zypern (Kontrolle der Balkanroute) sowie nach Thailand (Anbaugebiet des «Goldenen Dreiecks») und Moskau als «Drehscheibe des Organisierten Verbrechens» (Dok. 55, [dodis.ch/61948](https://dodis.ch/61948)).

Am 15. Dezember 1993 konnte in Genf die Uruguay-Runde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), die bis anhin grösste Welthandelsvereinbarung der Geschichte, nach acht zähen Verhandlungsjahren erfolgreich abgeschlossen werden. Gemäss Bundesrat Delamuraz brachte das neue Vertragswerk substantielle Vorteile für die revitalisierungsbedürftige Gesamtwirtschaft, wenngleich es für den Agrarsektor in der Schweiz schwierig werden würde und auch in anderen Bereichen Strukturanpassungen nötig seien, um im Weltmarkt-kontext reüssieren zu können. Insgesamt entsprächen die Bestimmungen jedoch der schweizerischen Zielsetzung: Sowohl bezüglich der Zollreduktionen für den erleichterten Marktzutritt insbesondere zu Schwellenländern, der Öffnung der Märkte für Finanzdienstleistungen gemäss Meistbegünstigungsprinzip sowie bei der erhöhten Rechtssicherheit zum Schutz des geistigen Eigentums, besonders im Patentbereich. «La Suisse pourra dire <oui> à ces résultats», konstatierte Delamuraz zufrieden, um anzufügen: «Il s'agit maintenant d'intensifier nos efforts pour convaincre l'opinion publique de la qualité de ces résultats.» Das Nein vom 6. Dezember wirkte folglich auch hier nach (Dok. 60, [dodis.ch/64443](https://dodis.ch/64443)).

#### *Entwicklungszusammenarbeit und internationale Umweltpolitik*

Sowohl das GATT wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank nahmen für sich in Anspruch, die wirtschaftliche und soziale Situation in den Entwicklungsländern zu verbessern. Die Schweiz war den zwei Bretton-Woods-Institutionen erst 1992 nach erfolgreicher Volksabstimmung beigetreten. Rund 100 Tage nachdem die Schweiz begonnen hatte, in exponierter Position bei IWF und Weltbank zu partizipieren, musste sich Mitte Februar der schweizerische Exekutivdirektor bei der Weltbank vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats kritischen Fragen stellen, einerseits zur Vertretung der nicht immer kongruenten Interessen innerhalb der heterogenen «Helvetistan»-Stimmrechtsgruppe und andererseits zum Engagement der Schweiz für mehr Transparenz in der Weltbank, zur Armutsbekämpfung sowie zur Unterstützung der schweizerischen Industrie, deren mit Abstand grösster ausländischer Auftraggeber die Weltbank sei (Dok. 6, [dodis.ch/65295](https://dodis.ch/65295)).

Mit Jaime Paz Zamora besuchte Anfang April erstmals ein bolivianischer Präsident die Schweiz. In den Gesprächen mit Bundespräsident Ogi sowie den Bundesräten Delamuraz und Cotti standen das wirtschaftliche und politische Reformprogramm und insbesondere die Lage der indigenen Völker Boliviens im Vordergrund. Bei dieser Gelegenheit wurde mit Bolivien, dem wichtigsten latein-amerikanischen Partner der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, das erste Entschuldungsabkommen über 53 Millionen Franken unterzeichnet. Dieses

spies sich aus der 1991 geschaffenen schweizerischen Entschuldungsfazilität zugunsten ärmerer Länder und wurde bei der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken als Modellfall betrachtet (Dok. 13, [dodis.ch/61433](https://www.dodis.ch/61433)). Ebenfalls eine Premiere stellte im Mai der Besuch des kapverdischen Präsidenten António Mascarenhas Monteiro dar. Das erste demokratisch gewählte Staatsoberhaupt der kleinen Inselrepublik bedankte sich bei Bundespräsident Ogi und Aussenminister Cotti für die «seit 1976 bestehende, exemplarische Entwicklungszusammenarbeit» und «gab dem lebhaften Wunsch Ausdruck, dass die Schweiz der EG beitrete, um dort die Erfahrungen bezüglich der Dritten Welt einzubringen» (Dok. 26, [dodis.ch/64148](https://www.dodis.ch/64148)).

Bezüglich der Tätigkeiten der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe des EDA in Ruanda gaben sich die massgeblichen Beamten zuversichtlich, dass nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Arusha im August der Bürgerkrieg vorbei sei und die humanitäre Zusammenarbeit sich ab 1994 von der Nothilfe für Vertriebene zunehmend hin zur Wiederaufbauhilfe, zur ländlichen Entwicklung, wirtschaftlichen Kooperation, Stärkung der Institutionen und Förderung des Rechtsstaats verlagern würde (Dok. 51, [dodis.ch/61430](https://www.dodis.ch/61430)). Auch am Horn von Afrika schien vorsichtiger Optimismus angezeigt: Noch bevor Eritrea Ende Mai offiziell seine Unabhängigkeit von Äthiopien erklärte, anerkannte der Bundesrat den neuen Staat und nahm kurz darauf diplomatische Beziehungen mit der Regierung in Asmara auf. Damit sollte die Grundlage für eine spätere Zusammenarbeit gelegt werden, nachdem in drei vom Krieg geprägten Jahrzehnten zuvor vorwiegend Kontakte auf humanitärem Gebiet bestanden hatten (Dok. 14, [dodis.ch/64273](https://www.dodis.ch/64273)).

Mit dem UNO-Umweltgipfel von Rio war 1992 ein neues Zeitalter der Kooperation zwischen Wirtschaft, Umweltschutz und Entwicklung eingeläutet worden. «Les nombreux États participants ont reconnu que cette synergie est la seule chance de construire pour l'ensemble de la Planète une prospérité durable», führte die neue Umweltministerin, Bundesrätin Dreifuss, vor dem anlässlich der Botschafterkonferenz in Bern versammelten schweizerischen diplomatischen Corps aus und betonte dabei die Bedeutung der internationalen wie auch der interdepartementalen Zusammenarbeit. Die Schweiz brachte sich aktiv in die Folgearbeiten von Rio ein, nicht nur in der «Dritten Welt», sondern ebenfalls im Rahmen der 1991 lancierten paneuropäischen Ministerkonferenz «Umwelt für Europa», die Ende April 1993 in Luzern ausgerichtet wurde (Dok. 35, [dodis.ch/56018](https://www.dodis.ch/56018)). Mit Polen wurde in diesem Rahmen ein innovatives Abkommen realisiert, das die Umwandlung von 10% der offiziellen polnischen Schulden gegenüber der Schweiz zugunsten der Finanzierung von Umweltprojekten vorsah (Dok. 33, [dodis.ch/64422](https://www.dodis.ch/64422)).

### *Migrations- und Flüchtlingspolitik*

Eine zentrale Herausforderung stellte für die Schweiz der 1990er Jahre die Ausländerpolitik im Sinne einer vermehrten Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern vornehmlich aus den EG- und EFTA-Staaten sowie ihrer Eingliederung in den Arbeitsmarkt dar. Anlässlich des Beitritts der Schweiz zum internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung lud die nationalrätliche Rechtskommission den Bundesrat dazu ein, das als Prioritätenordnung für die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte eingeführte Drei-

Kreise-Modell im Lichte der UNO-Antirassismuskonvention zu prüfen. Wenig überraschend betonte das federführende Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit in seiner Antwort, dass die Schweiz mit den Massnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung sowie mit der – durch die je nach Herkunftsgebieten unterschiedlichen Eingliederungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten resultierenden – Ungleichbehandlung von Ausländerinnen und Ausländern keinerlei rassendiskriminierende Ziele verfolge. Das Modell der drei Kreise sei entsprechend mit den zentralen Anliegen des Übereinkommens vereinbar (Dok. 48, [dodis.ch/65708](https://www.dodis.ch/65708)). Neben der Arbeitsmigration stand nach wie vor die Politik gegenüber Geflüchteten im Fokus von Politik und Öffentlichkeit. Bundesrat Koller konnte im September im Rahmen einer Lagebeurteilung mit der Staatspolitischen Kommission des Ständerats bei der Zahl der Asylgesuche (wie auch der Gewaltanschläge auf Asylunterkünfte) in der Schweiz eine Trendwende nach unten bekanntgeben, doch sei durch den aktuellen Anstieg der Gesuche aus Bosnien und Herzegowina sowie der Bundesrepublik Jugoslawien keine Entwarnung angezeigt. Bezüglich der Rückführung abgewiesener Asylsuchender konnte Koller auf grosse Fortschritte seines Departements verweisen: «Ich glaube nicht, dass ein anderes westeuropäisches Land so viele Ausschaffungen vollzieht wie die Schweiz» (Dok. 40, [dodis.ch/65148](https://www.dodis.ch/65148)).

Als am Morgen des 24. Juni 1993 im Zuge einer europaweit koordinierten Aktion der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Demonstrierende auf das Gelände der türkischen Botschaft in Bern eindringen, eröffnete das Botschaftspersonal das Feuer. Mehrere Eindringlinge wurden von Kugeln verletzt, einer getötet. Die Gewalttat katapultierte die Schweiz mitten in den eskalierenden Kurdenkonflikt und erheischte dringende Massnahmen bezüglich des Schutzes türkischer Einrichtungen, der Asylpolitik sowie der Wahrung der inneren Sicherheit. Da Ankara sich weigerte, den Forderungen Berns nach einer Zusammenarbeit zur strafrechtlichen Aufklärung der Vorfälle nachzukommen, und die mutmasslich in die Schiesserei verwickelten Botschaftsangestellten sich unter dem Schutz der Immunität in die Türkei absetzten, kam es in der Folge zu einer schweren Belastung der bilateralen Beziehungen (Dok. 31, [dodis.ch/64238](https://www.dodis.ch/64238)). Aufgrund von Retorsionsmassnahmen der türkischen Regierung musste die schweizerische Botschaft in Ankara Ende August ihr Personal reduzieren – zu einem denkbar schlechten Moment. Denn genau in diesen Tagen wurden je zwei Personen schweizerischer und italienischer Nationalität in Ostanatolien von der PKK als Geiseln genommen. Ende August entzündete sich in dieser Frage in der APK-N unter Anwesenheit von Staatssekretär Kellenberger eine hitzige Grundsatzdiskussion über Kurdistan, die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, die Situation von Geflüchteten und die Stellung der PKK (Dok. 41, [dodis.ch/65146](https://www.dodis.ch/65146)).

In der schweizerischen Völkerrechtspraxis stellte die asylpolitische Komponente in der Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit Mazedoniens ein Novum dar. Mit der Aufnahme der «ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien» – wie sie auf Grund griechischer Vorbehalte offiziell hiess – in die Vereinten Nationen, waren alle völkerrechtlichen Voraussetzungen für eine Anerkennung gegeben, wie das EDA in einem Bundesratsantrag vom April hervorhob. Das EJPD wandte in seinem Mitbericht ein, es müsse zuerst sichergestellt werden, dass sich Skopje weiterhin dazu bereit erkläre, über mazedonisches Gebiet Rückschaffungen abgewiesener Asylsuchender nach Kosovo in der Bundesrepublik

Jugoslawien zu erlauben, welche nach der Unabhängigkeitserklärung zum Drittstaat geworden war. Trotz Einsprache des EDA beschloss der Bundesrat die Anerkennung am 12. Mai 1993 erst nachdem eine schweizerische Delegation mit den mazedonischen Behörden eine informelle Vereinbarung hatte treffen können, die weiterhin eine Abschiebung über den Flughafen Skopje ermöglichte (Dok. 22, [dodis.ch/65017](https://dodis.ch/65017)).

### *«Gute Dienste» in neuen Zeiten*

Als der Grandseigneur der Schweizer Diplomatie im ausgehenden Kalten Krieg, Botschafter Edouard Brunner, Ende April 1993 von seinem Posten in Washington Abschied nahm, verliess er ein Land, das sich in seinen vier Dienstjahren markant verändert hatte. Den Amtsantritt von Präsident Bill Clinton empfand Brunner nicht nur als einen Wechsel von Generationen und politischen Prioritäten, sondern als Sinnbild für eine eigentliche Kulturrevolution. In seinen Augen war diese so umwälzend wie Roosevelts New Deal von 1932 und manifestierte sich durch die Ablösung der Suprematie einer europäischstämmigen Elite durch eine Regierungsequipe, welche das Land auf korrekte und proportionale Art «dans sa diversité ethnique, régionale et sexuelle» repräsentierte. «L'utilité internationale de la Suisse qui était manifeste pour les Américains pendant la guerre froide comme lieu de rencontre, comme pays pouvant, comme dans le cadre de la CSCE, jouer un rôle pour formuler des compromis et aussi comme un pays pouvant représenter les États-Unis dans les États avec lesquels ils avaient rompu leurs relations diplomatiques ou comme partenaire dans la lutte dans la défense des droits de l'homme, cette utilité-là a disparu», resümierte Brunner in seinem Schlussbericht trocken (Dok. 19, [dodis.ch/64047](https://dodis.ch/64047)). Auch der seit 1953 andauernden Präsenz der Schweiz in der demilitarisierten Zone zwischen Nord- und Südkorea drohte der Bedeutungsverlust. Es sei gut möglich, dass die Ausweisung der tschechischen Delegation und die Einschüchterungen der polnischen Kollegen durch das Regime in Pjöngjang den Anfang vom Ende der Neutralen Überwachungskommission des Waffenstillstands einläute, mutmasste der Chef der schweizerischen Delegation in Panmunjom (Dok. 12, [dodis.ch/61451](https://dodis.ch/61451)).

Als Staatssekretär Kellenberger im Frühjahr zu Gesprächen nach Israel, in die besetzten Gebiete im Westjordanland sowie nach Jordanien reiste, waren neben bilateralen Fragen die Perspektiven im Oslo-Friedensprozess das zentrale Diskussionsthema. Während in den bilateralen israelisch-jordanischen Verhandlungen Fortschritte verzeichnet wurden, gaben sich die palästinensischen Delegierten im Gespräch frustriert und unzufrieden über den Verlauf. Auf israelischer Seite schwangen Misstrauen und das Gefühl, nicht verstanden zu werden, mit. Über die Wünschbarkeit und Möglichkeiten eines schweizerischen Beitrags zu den multilateralen Verhandlungen war von israelischer Seite wenig Konkretes zu vernehmen. Für die Schweiz gelte es, so Kellenberger, sich durch eine angemessene Mitwirkung in den multilateralen Arbeitsgruppen – explizit derjenigen zu Wasser, die im April in Genf tagte –, die Chance für eine künftige Beteiligung an der Umsetzung des Friedensplans zu wahren (Dok. 25, [dodis.ch/65375](https://dodis.ch/65375)).

Als Depositarstaat der Genfer Konvention beherbergte die Schweiz im Spätsommer die vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz initiierte Konferenz zum Schutz der Kriegsoffer, was dem Land erlaubte, «de marquer sa présence dans le créneau du droit humanitaire international», wie Aussenminister Cotti,

der die Eröffnungsrede hielt, konstatierte. Durch die Erteilung des Mandats zur Einbestellung einer intergouvernementalen Expertengruppe zu möglichen Weiterentwicklungen des humanitären Völkerrechts sei die besondere Berufung der Schweiz an der Konferenz unterstrichen worden (Dok. 36, [dodis.ch/64863](https://dodis.ch/64863)).

Die schweizerische Aussenpolitik bemühte sich im Jahr 1993, das im Anschluss an die epochalen Umbrüche zwischen 1989 und 1992 eine Übergangsphase darstellt, um eine Neuorientierung gegenüber Europa und der Welt. Dabei setzte der Bundesrat einerseits auf bewährte Strategien und Konzepte, zeigte jedoch auch den Willen zu Reformen. Ein Ausdruck davon war der noch von Bundesrat Felber eingebrachte Vorschlag, von der traditionellen schweizerischen Zurückhaltung bezüglich der Reisetätigkeit des Bundespräsidenten moderat abzurücken. So sollte es dem Bundespräsidenten gestattet sein, zusätzlich zur Möglichkeit, für multi- und bilaterale Ministertreffen und Fachkonferenzen, die den Geschäftsbereich seines Departements betrafen, ins Ausland zu reisen, neu auch dem Staatsoberhaupt eines anderen Staates einen Besuch bzw. einen Gegenbesuch abstaten zu können (Dok. 3, [dodis.ch/61431](https://dodis.ch/61431)). Der Bundesrat fällte seinen Entscheid in der ersten Hälfte des Präsidentschaftsjahrs Adolf Ogi, der sich während seines Amtsjahrs generell für eine institutionelle Stärkung der Rolle des Bundespräsidenten einsetzte und von den neuen Reismöglichkeiten umgehend und reichlich Gebrauch machte. Bundespräsident Ogi unterstrich den Anspruch auf vermehrten Aktivismus gerade in aussenpolitischen Belangen mit einer erhöhten Präsenz auf internationalem Parkett und verschiedenen direkten Kontakten mit den wichtigsten politischen Entscheidungsträgern Europas. Diese Charmeoﬀensive trug schliesslich mit dazu bei, dass das wichtigste europapolitische Etappenziel einer Aufnahme bilateraler sektorieller Verhandlungen mit der EU erreicht werden konnte.

Bern, Dezember 2023

THOMAS BÜRGISSER und SACHA ZALA

Die Edition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* ist das Kernstück der Grundlagenforschung zur Geschichte der schweizerischen Aussenbeziehungen. Sie enthält zahlreiche Querverweise zu weiteren Dokumenten, Themen, Personen, Körperschaften und Orten in der Datenbank Dodis. Band 1993 dokumentiert den Weg vom EWR-Nein zur Aufnahme sektorieller bilateraler Verhandlungen mit der EU, die Diskussion um den Bericht des Bundesrats über die Aussenpolitik der Schweiz in den 1990er Jahren sowie die Intensivierung der globalen Wirtschaftskontakte.

L'édition des *Documents diplomatiques suisses* est la pierre angulaire de la recherche fondamentale sur les relations extérieures de la Suisse. Elle renvoie vers de nombreux autres documents, thématiques, personnes, organisations et lieux de la base de données Dodis. Le volume 1993 documente le chemin parcouru depuis le rejet de l'EEE jusqu'à l'ouverture de négociations bilatérales sectorielles avec l'UE, la discussion autour du rapport du Conseil fédéral sur la politique extérieure de la Suisse dans les années 1990 ainsi que l'intensification des contacts économiques mondiaux.

L'edizione dei *Documenti diplomatici svizzeri* costituisce il nucleo della ricerca fondamentale sulla storia delle relazioni estere della Svizzera. Il presente volume contiene numerosi rimandi ad altri documenti, temi, persone, organizzazioni e luoghi accessibili tramite la banca dati Dodis. Il volume 1993 documenta il percorso dalla bocciatura dello SEE all'avvio dei negoziati bilaterali settoriali con l'Unione Europea, il dibattito attorno al rapporto del Consiglio federale sulla politica estera della Svizzera negli anni Novanta e l'intensificarsi dei contatti economici globali.

**Dodis**

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften  
Académie suisse des sciences humaines et sociales  
Accademia svizzera di scienze umane e sociali  
Accademia svizra da ciencias humanas e sociais  
Swiss Academy of Humanities and Social Sciences



**OPEN**  
science

ISBN 978-3-907261-32-3



9 783907 261323 >